Alhambra

Zeitung & Programm

März/April 2014

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
8. April 2014

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

schwerpunkt: 20 jahre zapatistische rebellion
„Alles für alle!" 7
Interview mit einem Aktivisten aus dem Ya-Basta-Netzwerk 12

antifaschismus
„Besseres Oldenburg" – Blinder Hass und stumpfe Parolen 17

erinnerungspolitik
Gewalt gegen Wohnungslose 1933-45 – Das Schicksal der Oldenburger Opfer 21
„Arbeitsscheu" und „asozial" 26
Ausgesondert bis zum Schluss 30
Für Trauer und Zorn 31

soziale kämpfe
Arbeitskämpfe in Kambodscha: Gegen die Ohnmacht 34

Ankündigungen 37

Editorial

Liebe Leser_innen,

leider kommen wir auch diesmal nicht drumherum, euch von den aktuellen Naziaktivitäten in Oldenburg zu berichten. Auch wenn die Kameradschaft „Besseres Oldenburg“ auf ihrer eigenen facebook-Seite schreibt, „das [sic!] es bei Besseres Oldenburg viel Wirbel um nichts gibt“, können und dürfen wir uns trotz solcher rhetorischen Glanzleistungen nicht dazu verleiten lassen, die Oldenburger Naziszene nicht ernst zu nehmen. Wer die aktuellen Akteure rund um die neue Oldenburger Kameradschaft „Besseres Oldenburg“ sind, wurde in einem Recherchebericht der antifa.elf veröffentlicht. Diesen Bericht wollen wir euch, auch wenn ihr einige der benannten Nazis vielleicht schon im Zusammenhang mit anderen Veröffentlichungen gesehen habt, nicht vorenthalten (seht S. 17). Vielleicht fühlen sich in diesem Zusammenhang ja die einen oder anderen dazu veranlasst, es den Antifaschist_innen gleich zu tun, die in der Nacht zum 3. Februar die Nachbarschaft der Neonazis Erik Bruhn, Rolf Hilfers und Phillip Krull auf deren politische Umtriebe aufmerksam gemacht haben. Uns bleibt nichts, als uns dem Motto des Outings anzuschließen: „Nazis aus der Deckung holen & angreifen!“

Inzwischen ist es relativ still geworden, was die Prozesse um den NSU vor dem Oberlandesgericht München betrifft. Auch oder gerade weil sich die Pressevertreter_innen nicht mehr um die Sitzplätze bei einem der insgesamt 188 angesetzten Gerichtstermine schlagen, möchten wir dem Thema in dieser Ausgabe Raum geben. Im abgedruckten Text geht es aber nicht um eine politische Aufarbeitung der Zu- und Umstände, die diese unfassbare rassistische Mordserie möglich gemacht haben. Vielmehr geht es darum, wie und in welcher Form ein angemessenes Gedenken der Opfer möglich ist, das nicht geprägt ist vom leider notwendigen Kampf um Gehör, Raum und der Teilhabe in einer bedauerlich geführten Debatte. Es geht nicht darum, Trauer zu entpolitisieren, sondern im Gegenteil dem Gedenken Raum und eine „radikal menschliche“ Komponente zu verleihen und ihm seine Ökonomie zu entziehen. Besonders im Bezug auf die Bedürfnisse der Trauernden liefert der Text (S. 31) interessante Anregungen.

Am 1. Januar 1994, vor nun 20 Jahren, kam es im mexikanischen Bundesstaat Chiapas zum Aufstand der EZLN. Zeitgleich mit dem geplanten Inkraftsetzen des neoliberalen Freihandelsabkommens NAFTA besetzten die Zapatistas fünf Bezirkshauptstädte und Großgrundbesitze. Ihr Motto: ¡Ya Basta! - Es reicht! Wir möchten das Jubiläum zum Anlass nehmen, um auf die Bewegung der Zapatistas aufmerksam zu machen. In der Redaktion haben wir kontrovers diskutiert, welche Bedeutung die Zapatistas für die hiesige radikale Linke haben. Zum einen wurde die Meinung vertreten, dass sie im Laufe der Jahre an Bedeutung verloren hätten und heute längst nicht mehr die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die sie während des Aufkommens der globalisierungskritischen Bewegungen hatten. Zum anderen argumentierten einige, dass die zapatistische Rebellion eine global bedeutsame Bewegung darstelle, deren Besonderheit vor allem ihr undogmatisches Konzept sei, in dessen Zuge aus der avantgardistischen Guerilla eine basisdemokratische Selbstorganisierung geworden ist und das für viele Linke in der BRD eine Inspiration bedeute. Unsere Diskussion hat uns dazu gebracht, ein Interview mit einem Aktivisten aus dem Ya-Basta-Netzwerk zu führen (S. 12). An dieser Stelle vielen Dank für das Interview! Um einen Überblick zum Entstehen und der Struktur der Zapatistas zu bekommen und das Interview besser einordnen zu können, gibt es den Text auf Seite 7.

Kurz bevor die Zeitung in den Druck gehen soll, überschlagen sich die Ereignis-

se in der Ukraine: Nach der „Blutnacht“ vom 18. auf den 19. Februar unterzeichneten die Oppositionsführer und Janukowitsch nach Vermittlung durch die EU ein vorläufiges Friedensabkommen. Am 22. Februar wurde Janukowitsch vom Parlament seines Amtes enthoben und Neuwahlen wurden für Ende Mai angesetzt. Derweil übernahmen Milizen des „Rechten Sektors“ z.T. die militärische Kontrolle der Hauptstadt. Obwohl die Stärke der rechtsradikalen Gruppen innerhalb der Opposition nicht zu übersehen ist, richten sich die Augen der Presse nach wie vor in erster Linie auf Klitschko und Jazenjuk. Das Erstarken einer radikalen Rechten, die sich in den militanten Auseinandersetzungen profilieren konnte, wird meist verschwiegen. Die Bewachung des Parlaments, des Regierungssitzes und der Präsidialkanzlei durch den „Rechten Sektor“ scheint nur ein weiteres Mal zu unterstreichen, dass rechte Kräfte mittlerweile die Hoheit auf den Straßen haben. Zudem gelingt es ihnen, faschistisches und offen antisemitisches Gedankengut im Mainstream zu integrieren. Der rechtsradikalen Partei Swoboda wird das bei den Neuwahlen im Mai nutzen. Klitschko, der von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaut wurde und von Angela Merkel höchstpersönlich protegiert wird, hat diese Entwicklungen mitzuverantworten, lehnten er und Jazenjuk doch die Bitte des Präsidenten des ukrainischen jüdischen Kommitees ab, sich offiziell von Swoboda abzugrenzen. Diese sei ein „essenzielle[r] Partner in der Koalition zum Sturz Janukowitschs“. Deutschland nimmt sowohl für die „gemäßigteren“ um Klitschko und Jazenjuk als auch für die faschistischen Kräfte eine herausragenden Rolle ein. Für letztere baut diese zudem auf eine historische Tradition. So huldigen die Neonazis den ukrainischen NS-KollaborateurInnen oder kleiden sich auf Demonstrationen in SS-Uniformen. Für emazipatorische AKtivist_innen innerhalb der Oppostion bedeutet dies, dass sie „an zwei Fronten“ kämpfen müssen. Zum einen gegen eine autoritäre Regierung, zum anderen gegen die faschistischen AgitartorInnen, die immer weiter Fuß fassen können.

Sehr geschmeichelt hat uns, dass Ingo Harms für uns einen Text zur Verfolgung von Wohnungslosen im NS mit einem Schwerpunkt auf die Situation in und um Oldenburg geschrieben hat. Ingo Harms forscht in Oldenburg zu regionaler nationalsozialistischer Gesundheits- und Sozialpolitik und ist u.a. im Gedenkkreis Wehnen, einem Verein von Angehörigen der Patient_innen, die zur NS-Zeit in der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Wehnen bei Oldenburg (heute Karl-Jaspers-Kinik) ermordet wurden, aktiv. Wir haben zusätzlich zwei Texte abgedruckt, die sich mit der Verfolgung von sogenannten Asozialen im NS, sowie der immer noch anhaltenden Stigmatisierung dieser auseinandersetzt. Wir hoffen mit dieser Textauswahl Geschichte – und Auseinandersetzung um Geschichte – greifbar machen zu können und einen Beitrag zur (lokalen) Erinnerungspolitik zu leisten.

Der Text zu den Arbeitskämpfen in Kambodscha scheint wahrscheinlich etwas unvermittelt. Abgesehen von unserer Solidarität mit Arbeitskämpfen weltweit ist unser Bezug zu den Kämpfen sehr einfach – unsere Klamotten wurden in Kambodscha produziert, höchstwahrscheinlich unter genau den Bedingungen, die die Arbeiter_innen dazu veranlassten im Dezember landesweit zu streiken und die Textilbranche regelrecht lahm zu legen. Die Regierung ließ die Streiks von der Armee niederschlagen, seit Dezember sind mindestens vier Menschen ums Leben gekommen. 21 Gewerkschafter_innen sind im Knast und ihre Freilassung wird weiterhin verweigert. An dem Artikel hat uns gefallen, dass die Arbeiter_innen nicht – wie sonst so oft in moralisierenden Diskussionen um die Textilindustrie – als bloße Opfer der Produktionsverhältnisse auftauchen, sondern deutlich wird, dass sie kämpfende Subjekte sind.

Viel Spaß beim Lesen wünscht
Eure Alhambra-Redaktion

Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen

Spanien Zur Zeit sind in Spanien Schwangerschaftsabbrüche bis zur 14. Schwangerschaftswoche unter allen Umständen straffrei. Der konservativen Regierung ist dies ein Dorn im Auge und sie will ein Gesetz zum Verbot der Schwangerschaftsabbrüche durchbringen. Abbrüche sollen, laut dem im Dezember vorgelegten Gesetzesentwurf, nur noch bei schwerer Gefahr für das Leben der Mutter oder nach einer Vergewaltigung erlaubt sein. Am 1. Februar fand in Madrid eine Demo gegen den Entwurf statt. Zu der bislang größten Kundgebung hatten Gewerkschaften, Frauenverbände und auch Parteien aufgerufen. Es kamen tausende Menschen aus ganz Spanien. Die meisten Bürger_innen sind gegen den Entwurf, der von den Medien als Zugeständnis von Ministerpräsident Manuel Rajoy an den rechten Parteiflügel gesehen wird.

Diskussion um Gedenkwand für die im NS ermordeten Jüd_innen

Oldenburg Um die am 10. November letzten Jahres eingeweihte Gedenkwand für die 167 (bisher bekannten) im Nationalsozialismus ermordeten Oldenburger Jüd_innen ist in den letzten Monaten eine Diskussion entbrannt. Farschid Ali Zahedi von Werkstattfilm und Roland Neidhardt von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft kritisieren, dass als letzte Adresse hinter vielen Namen die einer Sammelunterkunft steht und nicht die letzte Adresse, die von den Menschen frei gewählt wurde und mit der sie sich identifizierten. In die Sammelunterkünfte, die sogenannten Judenhäuser, mussten die Jüd_innen meist aufgrund von Enteignung und „Arisierung“ ziehen. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Jehuda Wältermann, schließt sich dieser Kritik an. Grundsätzlich sei er aber mit der Gedenkwand zufrieden.

Abgesehen von der Diskussion um die Adressen wird bemängelt, dass der Prozess um die Entstehung der Gedenkwand nicht öffentlich gemacht wurde und es somit keine Möglichkeit der Teilhabe oder auch Kritik gegeben habe.

Während Neidhardt die Gedenkwand am Liebsten verhüllt sehen würde, weil sie in dieser Form beschämend sei, fordert die Ratsgruppe Linke/Piraten eine Infotafel neben der Wand, auf der Adressen ergänzt werden können. Die Stadt ist offensichtlich ein Stück weit auf die Kritik eingegangen. So wird auf ihrer Homepage in dem Text zur Gedenkwand mittlerweile auf den Zwang hingewiesen, der mit den „Judenhäusern“ in Verbindung steht. Ebenso wird in dem Text angekündigt, die einzelnen Stationen der 167 Ermordeten zu dokumentieren, um so die „Schicksale [...] detailliert sichtbar zu machen“.

Faruk Ereren ist draußen!

Düsseldorf Mehr als sieben Jahre saß Faruk Ereren in Untersuchungshaft. Er wird beschuldigt, als führendes Mitglied der DHKP-C den Mord an zwei Polizisten in der Türkei von Deutschland aus per Telefon angeordnet zu haben. Die Anklage steht seit Beginn des Prozesses auf wackligen Beinen: der einzige Zeuge Genc konnte vom deutschen Gericht nicht direkt vernommen werden. Zudem scheint er auch nichts wirklich Erhellendes beitragen zu können, es hieß, der Zeuge habe von jemandem gehört der behauptet, dass Faruk Ereren die Anweisung für den Polizistenmord per Telefon gegeben haben soll. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat am 4. Februar die Aufhebung des Haftbefehls auf Grund §129 beschlossen, da kein dringender Tatverdacht mehr besteht, nachdem der Hauptbelastungszeuge Genc nicht greifbar ist.

Faruk ist erst mal draußen, aber die Beweisaufnahme ist noch nicht abgeschlossen.

„haus friedensbruch“ wiedereröffnet

Oldenburg Am Abend des 11. Januar wurde die feierliche Wiedereröffnung des alternativen Wohn- und Kulturprojekts „Haus Friedensbruch“ am Theaterwall 24a zelebriert.

„Möglich wurde dies durch den (auch

für uns) unerwartet großzügigen Akt Lambert Lockmanns, der nicht nur sämtliche Kosten für die stattgefundenen Sanierungsarbeiten trägt, sondern uns das Haus auch kostenfrei zur Verfügung stellt. Wir begrüßen diesen Schritt Lambert Lockmanns weg von einer Wohnpolitik der gehobenen Klasse hin zu einem verantwortungsvollen und nachhaltigen kulturellen Engagement. Nach umfangreichen Sanierungsarbeiten fand heute um 18:30 die feierliche Schlüsselübergabe von Lambert Lockmann an die ehemaligen Instandbesetzer_innen vor dem ‚Haus Friedensbruch' statt. Der Eröffnungsfeier wohnten neben Oberbürgermeister Schwandner und der Stadtbaurätin Gabriele Nießen ein Publikum von mehreren hundert Menschen bei", heißt es in einer Pressemitteilung der Nutzer_innen. Die ausgelassene Feierlichkeit, zu welcher auch eine Delegation der Oldenburger Polizei erschienen war, endete nach etwa zwei geselligen Stunden.

[regentied]

Musikschau der Nationen

Bremen Vom 24. bis zum 26. Januar fand in der Bremer Stadthalle die alljährliche „Musikschau der Nationen" statt. Unter dem Motto „Flöten! Tröten! Töten! – Gib Krieg eine Chance!" zog dazu eine Jubeldemo mit bis zu 100 Menschen durch die Bremer Innenstadt zur Musikschau, wo das Eintreffen der Gäste gestört wurde.

Organisiert vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" (VDK) treten hier seit nun 50 Jahren Militär-Kapellen auf, die sonst die Truppenmoral verbessern sollen und dazu das Töten mit Tröten begleiten. Der VDK, ein enger Partner der Bundeswehr, rechtfertigte das Marschmusikfestival damit, dass es sich um „Völkerverständigung" handele und karitative Ziele verfolgt werden.

Die Aktionsgruppe „Nixmusikschau" kritisierte, dass ausgeblendet werde, dass es sich bei den Auftretenden um Soldat_innen handelt. Es werden positive Bilder im Zusammenhang mit Militär erzeugt, die eine Identifikation mit der „eigenen" Armee und ihren Kriegen erleichtern.

Mehr dazu: liedvomtod.blogsport.eu oder endofroad.blogsport.de

Nazi-„Gedenkmarsch"

Magdeburg Der jährliche „Gedenkmarsch" der neonazistischen Initiative „gegen das Vergessen" wurde am 18. Januar 2014 durch vielfältige Aktionsformen gestört. Verhindert werden konnte dieses absurde Ereignis der Nazis allerdings nicht. Ca. 750 Nazis konnten mit drei Stunden Verspätung dann doch auf einer ca. 6km langen Route laufen. 150 andere dagegen schafften es nicht zum „Gedenkmarsch". 1500 bis 2000 Antifaschist_innen erreichten durch Menschenblockaden auf Straßen und Schienen das Verzögern des Naziaufmarsches. Es kam auch zu mehreren militanten Aktionen gegen Bullen, dem Schienennetz der Deutschen Bahn, sowie gegen staatliche Einrichtungen. Die 3300 Bullen machten den Naziaufmarsch letztendlich unter massivem Gewalteinsatz gegen Antifaschist_innen möglich. Laut Sani-Bericht kam es zu mehreren schweren und vielen leichten Verletzungen. So fuhren die Cops im Laufe des Tages die ganze Palette „technischer Zwangsmittel" vom Schlagstock bis zur Gasgranate auf, um die Gegenproteste zurückzudrängen. Für das kommende Jahr gilt es, den Nazis weiter entschieden und entschlossen entgegenzutreten und durch vielfältigste Aktionen den Nazis den Raum zu nehmen, ihre Scheiße zu propagieren.

Solidarische Grüße aus Bremen nach Chiapas

Bremen „Wir feiern 20 Jahre Aufstand der zapatistischen Bewegung. Selbstorganisation und Autonomie sind der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben. Wir unterstützen den Kampf gegen die ‚schlechten Regierungen', die durch Repression & Militarisierung den Aufbau autonomer Strukturen und Lebensweisen erschweren. Vor allem die ‚Revolutionären Frauengesetze' von 1993 verdienen an dieser Stelle unsere Anerkennung. Damals wie heute sind feministische Interventionen notwen-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

dig. Freiheit entsteht als kämpfende Bewegung!“

Autonome Feminist*innen

Hungerstreik von Marco Camenisch

Lenzburg Der in der Schweiz inhaftierte anarchistische Gefangene Marco Camenisch befand sich vom 30.12.2013 bis mindestens 26.01.2014 im Hungerstreik und vom 6.01.2014 bis mindestens 26.01.2014 im Arbeitsstreik. Marco Camenisch wurde 1981 unter anderem dafür zu 10 Jahren Haft verurteilt, einen Strommast eines Atomkraftwerkes in die Luft gesprengt zu haben. Ihm gelang die Flucht und er lebte im Untergrund. Während dieser Zeit wurde ein Grenzpolizist erschossen und Marco später dafür verurteilt. Seit 1991 befindet er sich im Gefängnis, zuerst in Italien, und seit 2002 in der Schweiz. Der Hunger- und Arbeitsstreik ist zum einen die Reaktion auf die Knastleitung von Lenzburg, welche ihn wegen einer verweigerten Urinprobe in den Arrest gesteckt und ihm für ein halbes Jahr den PC entzogen hat, zum anderen aber auch sein „Beitrag zur gemeinsamen revolutionären Solidarität jenseits der Tendenzen, für die Freiheit aller revolutionären Gefangenen und aller Gefangenen weltweit“. Wir senden solidarische Grüße an Marco Camenisch und wünschen ihm weiterhin viel Kraft für seinen Kampf!

Prison-Industrial-Complex

Oldenburg In den niedersächsischen Gefängnissen malochten im vergangenen Jahr rund 3800 der 5000 Strafgefangenen für Minilöhne in den Eigenbetrieben der Anstalten und in sogenannten Unternehmerbetrieben externer Auftraggeber_innen und sorgten so für einen Umsatz von rund 18 Millionen Euro bei fünf Millionen Euro Überschuss. Auch in der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, welche sich gern als „Alcatraz des Nordens“ abfeiern lässt, gibt es Eigenbetriebe und Produktionsstätten von momentan sieben mittelständischen Unternehmen. Als erste Haftanstalt in Niedersachsen hat sie sich 2006 ihr Qualitätsmanagement mit der „DIN-EN ISO 9001:2008“ zertifizieren lassen, um besser auf dem freien Markt aufgestellt zu sein. Die Gefangenen produzieren unter anderem Sicherungsschalter, Stecker für Automobilzulieferer, Teile für Kalbfütterungs- und Windkraftanlagen, Schreibtische und Schränke und den mit mehr als 1000 Stück pro Jahr abgesetzten JVA-eigenen Verkaufsschlager, den Edelstahlgrill Modell „Oldenburg“ und die kleinere Version „Rastede“. Umsatz im Jahr 2013 insgesamt: 2,2 Millionen Euro.

Die Bezahlung ist dabei mehr als mies. Im Schnitt verdienen die gefangenen Kolleg_innen 11,94 Euro – pro Tag versteht sich. Wenn man sich über die Zeit z.B. zum „Vorabeiter“ hochgeschleimt hat, bringt man es in Lohnstufe 4 auf ganze 13 Euro am Tag. „Gefangenenarbeit macht für Auftraggeber oftmals Verlagerungen ins Ausland unnötig, stattdessen können örtliche Qualitäts- und Logistikvorteile genutzt werden“, teilt das Justizministerium voller Stolz mit. In Ketten gelegte Billiglohnarbeiter_innen inmitten des Wirtschaftsstandortes Deutschland, denen aufgrund ihres Status auch noch so gut wie alle Grundrechte entzogen sind und die von so etwas wie gewerkschaftlicher Organisierung oder gar Arbeitskämpfen nur träumen können – perfekte Voraussetzungen für jedes Unternehmen. Verweigern ist übrigens nicht: „Drückebergern drohen Disziplinarverfahren vom Einkaufsverbot bis zum Fernseher-Entzug“, berichtete die Bild.

[regentied]

Angriff auf VfB-Fans

Cloppenburg Am 10. Januar 2014 fand das alljährliche Hallenfußballturnier in Cloppenburg statt. Aus Oldenburg reisten rund 100 Unterstützer_innen des VfBs an. Die Fans waren voller Vorfreunde nach der Winterpause endlich wieder ein Fußballspiel sehen zu können. Jedoch wandelte sich diese Vorfreunde ganz schnell in Unwohlsein, als mit „Hurra, hurra, die Bremer sind da“- Rufen, etwa 60 Personen aus Bremen in der Halle aufkreuzten. Dass die nicht (nur) für den Fußball da waren,

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

machten sie schnell deutlich. Sie griffen einzelne VfB-Fans vor den Toiletten an und als andere VfB-Fans zur Hilfe eilen wollten, vermummte sich der Rest des Bremer Mobs und stürmte auf den VfB-Fanblock zu. Einige, am Getränkestand stehende VfB-Fans, stellten sich den Bremer_innen in den Weg und es entstand eine wüste Auseinandersetzung, die erst nach recht langer Zeit von der Polizei aufgelöst wurde. Nach diesem Angriff mussten die Bremer_innen keineswegs die Halle verlassen, sondern konnten während des ganzen Turniers präsent sein und riefen sogar noch „Wir hassen Oldenburg“ und „Wir kriegen euch alle“. Wie auch nicht anders zu erwarten zeigte sich die Polizei weder als Freund noch als Helfer und machte die VfB-Fans teilweise selbst für die Gewaltausbrüche verantwortlich.

Angriffe auf Asylbewerber_innenunterkünfte

Deutschland In letzter Zeit häufen sich wieder eklatant Angriffe auf Asylbewerber_innenunterkünfte in der gesamten Bundesrepublik. Hatte es in den letzten Monaten des Jahres 2013 bereits mehrfach Angriffen und Brandstiftungen auf Unterkünfte gegeben (z.B. Gemünden am Main, Wehr/Horchheim – beide Oktober 2013), hielt sich dieser „Trend“ auch 2014 weiter. Um den Jahreswechsel herum war es zu mehrfachen Angriffen auf das Asylbewerber_innenheim in Berlin Hellersdorf mit Feuerwerkskörpern gekommen. Anfang Januar kam es zu einem massiven Brandanschlag auf die Geflüchtetenunterkunft im bayerischen Germering, bei dem die Fassade sowie der gesamte Dachstuhl ausbrannte. Mitte Januar ist es zu einem weiteren Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft in Wohratal im Kreis Marburg-Biedenkopf gekommen. In der Nacht zum 12. Januar waren drei Männer, nachdem sie die Unterkunft von Außen beschädigt hatten, in das Haus eingedrungen, hatten dieses von innen verwüstet, Türen eingetreten und Bewohner_innen massiv eingeschüchtert.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

„ALLES FÜR ALLE!"

20 Jahre Rebellion für „Land und Freiheit" in Chiapas (Mexiko)

Wieso wurde aus einer avantgardistischen Guerillatruppe eine zivile Massenbewegung mit starken libertären Tendenzen? An welchem Punkt steht die zapatistische Bewegung heute?

Die Vorgeschichte

Das Massaker der mexikanischen Regierung an über 400 linksgerichteten Studierenden vom 2. Oktober 1968 markierte eine Zäsur in der politischen Geschichte Mexikos.

Viele emanzipatorisch orientierte Oppositionelle sahen danach keine Möglichkeit mehr, auf legalem Weg Einfluss auf die autoritäre Politik des Landes zu nehmen. Es gründeten sich unterschiedliche bewaffnete revolutionäre Organisationen, die im Untergrund operierten. Revolutionäre Guerilla-Gruppen hat es auch nach der Revolution von 1910 immer gegeben, doch nach dem Massenmord kurz vor den Olympischen Spielen erfuhr die Überzeugung, dass bewaffneter Widerstand notwendig sei, große Unterstützung.

Die EZLN (span.: Ejército Zapatista de Liberación Nacional) ging aus den Kräften der Nationalen Befreiung FLN (span.: Fuerzas de Liberación Nacional) hervor, die am 6. August 1969 in Monterrey gegründet worden waren. Im Gegensatz zu anderen linken bewaffneten Organisationen Mexikos lehnten die FLN Raub und Entführungen zur Finanzierung ihrer Organisation kategorisch ab. Es folgte eine wechselhafte Zeit der Rekrutierung und militanter Aktivitäten im Untergrund in den Bundesstaaten Chiapas, México, Nuevo León, Puebla, Tabasco und Veracruz mit vielen Rückschlägen.

Am 17. November 1983 wurde im Lakandonischen Regenwald von Chiapas die EZLN von einer sechsköpfigen Gruppe gegründet. Anfangs handelte es sich um eine dogmatische Kleingruppe, die sich an anderen Guerilla-Organisationen Lateinamerikas orientierte, zum Teil Kontakte zur Studierendenbewegung von 1968 gehabt hatte und mit einem avantgardistisch-kommunistischen Konzept die indigene Bevölkerung ‚befreien' wollte.

Es folgte eine mehrjährige Etappe, in der die Kerngruppe der EZLN relativ isoliert blieb, da dieser paternalistische Ansatz, der zudem von mangelnder Kenntnis der Region begleitet war, auf großes Misstrauen bei der ortsansässigen indigenen Bevölkerung stieß. Nach einiger Zeit kam es jedoch zu einer offeneren Annäherung beider Seiten, die - neben anderen Faktoren wie dem Kampf der Frauen innerhalb der Bewegung und dem Einfluss der Befreiungstheologie - die undogmatischen Charakteristika der heutigen zapatistischen Bewegung ermöglichte.

Die noch immer kleine bewaffnete Organisation trat daraufhin in einen wechselseitigen Lernprozess ein. Subcomandante Marcos, einer der wenigen Mestizen der Gruppe, beschreibt diese Phase so: *„Zusätzlich zu ihrer Kondition, die sie für ein Leben in den Bergen befähigte, brachten sie uns ihre Weltsicht sowie ihre Sicht des Kampfes und ihre Kultur bei. Das heißt, in dieser Aufbauphase bewegten wir uns in einer Schule, wo es nicht klar war, wer Lehrer und wer Schüler war."*

Insgesamt zehn Jahre lang bereitete sich die politisch-militärische Organisation mit Unterstützung der zivilen Basis unter großen Anstrengungen und Gefahren im Untergrund auf Tag X vor.

Der 1. Januar 1994

Mit ihrem bewaffneten Aufstand vom 1. Januar 1994, der als ein wichtiger Ausgangspunkt der neuen antikapitalistischen Bewegungen gilt, katapultierte sich die EZLN auf die Titelseiten der mexikanischen und globalen Presse.

Der Zeitpunkt der Revolte wurde strategisch gewählt, denn just an diesem Tag trat das neoliberale Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Kanada, Mexiko und den USA in Kraft.

In einer Zeit, in der von den westlichen Eliten ein endgültiger Sieg des Kapitalismus gefeiert wurde, manifestierten die vermeintlich Schwächsten der Schwachen im Südosten Mexikos ihr

„¡Ya Basta!“ – „Es reicht!“ und verdeutlichten so, dass das damals vielzitierte „Ende der Geschichte“ keineswegs erreicht ist.

Es folgten große Wellen der Solidarität mit der EZLN im In- und Ausland. Angehörige der solidarischen Zivilgesellschaft - im Verständnis der Zapatistas die unabhängig organisierten Menschen, die nicht von den Privilegien der Herrschenden profitieren - erklärten sich einverstanden mit den zentralen Forderungen der Zapatistas nach Arbeit, Land, Unterkunft, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Sie schlugen der EZLN jedoch einen nicht-bewaffneten Weg zu ihrer Durchsetzung vor.

Die EZLN äußerte später, sie habe in diesem Moment auf die Zivilgesellschaft gehört und kämpft seit dem 12.01.1994 auf friedliche Weise für ihre Ziele.

Durch die enormen Sympathiebekundungen für die Zapatistas sah sich die mexikanische Regierung nach zwölf Tagen Bürgerkrieg gezwungen, einen Waffenstillstand zu proklamieren. Nichtsdestotrotz sind bis heute Zehntausende Soldaten in Chiapas stationiert. Ein wichtiger Grund dafür ist die Kontrolle des Einflussgebiets der EZLN.

Die zapatistische Rebellion hat nicht nur viele indigene und bäuerliche Bewegungen für ihre eigenen Kämpfe ermutigt und inspiriert, sondern auch viele Gruppierungen und Organisationen von anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen wie benachteiligte Frauen, Studierende, Bewohner_innen von Armenvierteln, Sex-Arbeiter_innen, Nicht-Heterosexuelle, subkulturelle Linke und viele mehr.

„Land und Freiheit!“

Im Schwung des Aufstands besetzten die Zapatistas in Chiapas weit über 100.000 Hektar Land und verteilten es an Tausende Familien. Auch viele Nicht-Zapatistas nutzten die damalige Dynamik zur Umverteilung dieses Produktionsmittels. Die EZLN bezeichnet diesen Prozess als *Wiederaneignung* (span.: recuperación), da ihrer indigenen Basis die Böden über Jahrhunderte von weißen oder mestizischen Oligarchen geraubt wurden.

Im Verständnis der indigenen Bevölkerung sind die Ländereien, häufig als „Mutter Erde“ (span.: madre tierra) bezeichnet, von integraler Bedeutung, wie Comandanta Kelly betont: *„Das Land und die Territorien sind mehr als nur Quellen von Arbeit und Nahrung, sie sind auch Kultur, Gemeinde, Geschichte, Vorfahren, Träume, Zukunft, Leben und Mutter.“*

Nach jahrelangen, letztendlich gescheiterten Versuchen, mit der Regierung über indigene Rechte, Demokratisierung, Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Verbesserung der Situation der Frauen zu verhandeln, wählte die EZLN den Weg der „Autonomie ohne Erlaubnis“.

Erfolge in Chiapas

Am 8. August 2003 wurden in den fünf autonomen Zonen der Zapatistas zivile Verwaltungszentren gegründet (span.: caracoles, dt.: Schneckenhäuser). Diese werden von fünf Räten der guten Regierung (span.: juntas de buen gobierno) koordiniert, deren Aufgabe ist, die Entscheidungen der Basis umzusetzen - getreu dem zapatistischen Motto des gehorchenden Befehlens (span.: mandar obedeciendo).

Funktionsträger_innen, die im Sinne ihrer Basis nicht zufriedenstellend arbeiten, können - wie auch bisher auf Gemeinde- und Landkreisebene - jederzeit abgesetzt werden. Die zivile Struktur der zapatistischen Bewegung ist so aufgebaut, dass sich mehrere Gemeinden zu autonomen Landkreisen zusammenschließen, mehrere Landkreise bilden eine von fünf Zonen, in denen jeweils ein *caracol* angesiedelt ist, in dem die jeweils drei Teams der *juntas* rotativ arbeiten.

Die zentralen Aufgaben der *juntas* sind Vermittlung bei in- und externen Konflikten, Überwachung überregionaler Projekte, Verhinderung von Korruption, Gewährleistung einer ausgewogeneren Entwicklung innerhalb der rebellischen Gebiete und Kontaktstelle für Solidaritäts- und Menschenrechtsorganisationen, Presse sowie interessierte Personen allgemein.

Zuvor hatte die Bewegung intensiv reflektiert, um ihre eigenen Strukturen zu verbessern. Aus den Unzulänglichkeiten der eigenen Praxis, die die Zapatistas wie nur Wenige öffentlich machen, entstand dieser neue Schritt gesellschaftlicher Selbstorganisierung. Die EZLN gab auf diese Art viele ihrer Kompetenzen an ihre Basis ab - ein Novum in der Geschichte bewaffneter Organisationen in Lateinamerika.

Bemerkenswert ist, dass die zapatistischen Räte auch häufig von Nicht-Zapatistas aufgesucht werden, um die eigenen Probleme - häufig Landkonflikte - zu lösen. Dass die nicht-zapatistischen Gemeinden dabei in aller Regel die Schiedssprüche der *juntas* akzeptieren und befolgen, ist freilich ein Affront für den mexikanischen Staat und ein Beleg für die Seriosität der Arbeit der Zapatistas.

Aufbau von Alternativen

Mit gesundem Selbstbewusstsein berichtete Subcomandante Marcos 2013 von den Verbesserungen in den autonomen Gemeinden: *„In diesen Jahren haben wir uns gestärkt und haben unsere Lebensbedingungen bedeutend verbessert. [ ] Hier, bei nicht wenigen Fehlern und vielen Schwierigkeiten, ist eine andere Art des Politikmachens bereits eine Realität."*

Das gesamte Selbstverwaltungssystem der Zapatistas beruht auf unbezahlter Arbeit für die Gemeinschaft. Die Promotor_innen für Bildung, Gesundheit, Verwaltung, Justiz, Produktion, Agrarökologie, Medien und anderes erhalten keinerlei monetäre Entlohnung für ihre Arbeit. Ihnen werden von der jeweiligen lokalen Gemeinde Lebensmittel und Unterkunft gestellt und im besten Fall wird sogar noch die eigene *milpa*, das traditionelle Feld zur Selbstversorgung mit Mais, Bohnen und weiteren Produkten, von den Nachbar_innen im heimischen Dorf bearbeitet.

Der Autor dieser Zeilen konnte sich über viele Jahre hinweg davon persönlich überzeugen, dass sich die Lebensbedingungen der zapatistischen Basis kontinuierlich verbessert haben, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Partizipation. Erklärbar sind diese Errungenschaften, weil der real existierende Zapatismus in Chiapas weit mehr

umfasst, als eine ‚klassische' soziale Bewegung: in den zapatistischen Gemeinden wird Selbstorganisation tagtäglich gelebt.

Kritik

Selbstverständlich verlaufen die Initiativen der EZLN nicht idealtypisch und widerspruchsfrei, was auch von ihnen selbst immer wieder eingeräumt wird.

Ein Beispiel ist hier die Situation der Frauen, die sich durch die Revolutionären Frauengesetze zwar verbessert hat, da die Zwangsheiraten, die Gewalt und die Exklusion der Frauen deutlich zurückgegangen sind und auch immer mehr Frauen wichtige Aufgaben außerhalb des Haushalts übernehmen.

Nichtsdestotrotz betonen die Zapatistinnen, dass noch viel fehle, bis von echter Gleichberechtigung in allen Gemeinden der EZLN gesprochen werden könne. Dafür machen sie nicht nur ihre männlichen *compañeros*, sondern auch einen Teil der Frauen verantwortlich, die das Patriarchat reproduzieren.

Ein weiterer Kritikpunkt, der ebenfalls von der EZLN eingeräumt wird, ist, dass sich einige Autoritäten der Organisationen teilweise noch in Bereiche einmischen, die eigentlich klar der zivilen Struktur obliegen.

Die etablierte parlamentarische Linke und einige dogmatische kommunistische Gruppen kritisieren die EZLN für ihren strikt außerparlamentarischen Kurs: sie sei durch die Nicht-Unterstützung des sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador 2006 für die Wahl des rechtskonservativ-neoliberalen Politikers Felipe Calderón von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) und 2012 für die Wiederwahl der Institutionellen Revolutionären Partei (PRI) verantwortlich.

Diese Vorwürfe sind unhaltbar, da diese systemimmanent denkenden Kritiker_innen das politische Konzept der Zapatistas nicht verstanden haben. Genau an diesen Eliten- und Fahnenwechseln will sich die EZLN eben nicht beteiligen.

Mexikoweite Bündnisse

Die EZLN unternahm vier Versuche, landesweite Bündnisse zu schmieden, um das Land zu demokratisieren und mehr soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen. Die ersten drei Versuche wurden anfangs begeistert aufgenommen und es kam zu Treffen mit Tausenden Aktiven, die Initiativen schliefen jedoch schließlich ein.

Der vierte Anlauf wurde durch die „VI. Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald" 2005 lanciert. Hier schlug die EZLN vor, in einem mehrjährigen strikt friedlichen und außerparlamentarischen Prozess, genannt „Die Andere Kampagne", eine neue linke und antikapitalistische Verfassung für Mexiko unter Beteiligung aller marginalisierten Bevölkerungsgruppen durchzusetzen.

Die Beurteilung dieses Prozesses, der von allen vier Versuchen am längsten anhält und inzwischen von der EZLN als „La Sexta" bezeichnet wird, fällt ambivalent aus. Das Ende ist weiterhin offen. Fest steht, dass die Tendenz von der ersten Initiative, der Nationalen Demokratischen Konvention bis hin zur vierten, „Der Sechsten", immer weiter von den etablierten Parteien abrückte und sich den radikal basisdemokratischen Prinzipien annäherte, die die Zapatistas auch in ihren Gebieten anstreben.

Die Bewegung um die EZLN ist somit mit wenigen anderen Mobilisierungen weltweit als anti-systemisch zu verstehen und weist dabei starke libertäre Tendenzen auf.

Transnationale Vernetzung

Die globale Vernetzung war für die EZLN von Anfang an wichtig. Zudem ‚labte' sich die desorientierte globale Linke regelrecht an der Radikalität und den konstruktiven Ideen dieser ‚frechen' Rebell_innen, die entgegen altbackener Organisationen nicht selten poetisch die Sehnsucht nach „Einer Welt, in der viele Welten Platz haben", formulierten. Vielfach lud die EZLN zu globalen Treffen nach Chiapas ein und animierte zur Nachahmung an anderen Orten der Welt - was allerdings nicht häufig gelang.

Die Zapatistas und viele emanzipatorische Aktivst_innen weltweit wollen sich auf Augenhöhe vernetzen, um gegen die sozialen und ökologischen Verwerfungen auf unserem Planeten vorzugehen. In temporal unterschiedlich starker Rezeption hatten Wort und vor allem Praxis der EZLN teils großen Einfluss - im deutschsprachigen Raum traditionell eher wenig. Slogans wie „Eine andere Welt ist möglich!", die ersten freien Medienplattformen wie

indymedia oder spektrenübergreifende Aktivitäten sind ohne die Mobilisierungen der EZLN wohl kaum denkbar. Ihr Aufruf, dass die größte Solidarität mit den Zapatistas die Organisierung kontinuierlicher emanzipatorischer Organisationsprozesse von unten links in der eigenen Lebensrealität wo-auch-immer sei, steht weiter im Raum und lädt uns alle ein.

Im Sommer 2013 öffnete die EZLN Hunderte ihrer Gemeinden für eine neue Initiative: Die „Kleine zapatistische Schule". Über 1.500 ausgesuchte Gäste aus dem In- und Ausland waren eingeladen, den rebellischen Alltag im Aufstandsgebiet kennenzulernen. Die Offenheit, im Rahmen der „Escuelita Zapatista" am Leben der Zapatistas teilzuhaben, stellt ein Novum dar: Die eingeladenen Personen konnten die Tätigkeiten auf den Mais- und Bohnenfeldern miterleben, viele Fragen stellen und die Realität der Gemeinden kennenlernen.

Das paternalistische Konzept von ‚Entwicklungshilfe' wurde radikal negiert: Hier lehrten nicht vermeintlich schlaue Köpfe aus dem globalen Norden oder den Hauptstädten den Menschen in ärmeren Regionen, wie sie ihre Situation verbessern könnten. Hier unterrichteten aktive Menschen aus den Reihen der EZLN mit viel Erfahrung, wie sie ihre Autonomie in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Justiz, Produktion und Medien verwirklichen.

Die „kleine Schule" wurde enthusiastisch aufgenommen und soll ob der großen Nachfrage mehrere Male wiederholt werden.

Zwischenfazit

Auch heute noch werden die Zapatistas immer wieder von staatlichen und paramilitärischen Kräften angegriffen, darüber hinaus wird weiterhin versucht, sie durch neoliberale „Entwicklungsprojekte", darunter Ölpalmen-Monokulturen oder Tourismusvorhaben, aus dem Widerstand herauszukaufen und durch Medienkampagnen als Kriminelle und rassistisch als ‚rückständige' und ‚fortschrittsfeindliche' Indigene zu diffamieren.

Die Position der EZLN dazu formulierte Comandanta Miriam im August 2013: *„Die schlechten neoliberalen Regierungen und die transnationalen Konzerne herrschen mit ihrem Geld und zwingen uns ihre Projekte des Todes in unseren Territorien auf. Wir als originäre Bevölkerungsgruppen müssen die natürlichen Ressourcen jedoch so gut wie möglich verteidigen, da es um unsere Mutter Erde geht, durch sie leben wir, durch sie atmen wir. Compañeros und Compañeras, um die Pläne des Todes abzuwehren, die uns die Neoliberalen aufzwingen, ist es notwendig, uns zu organisieren, unsere Kräfte, unseren Schmerz und unsere Rebellion zu vereinen und für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen."*

In einer Zeit, in der die mexikanische Regierung alle tendenziell progressiven Errungenschaften der Revolution an das nationale und transnationale Kapital verschleudert - darunter Bildung, Energie, Bodenschätze und Biodiversität - gilt es den außerparlamentarischen zivilen Widerstand der Zapatistas zu feiern: 30 Jahre Gründung der EZLN, 20 Jahre Rebellion für Freiheit und Gerechtigkeit, 10 Jahre gelebte Autonomie und Aufbau von Alternativen seit Gründung der *caracoles*.

Der Kampf der Zapatistas gegen Ausbeutung und Unterdrückung wird - auch abseits politischer Moden - unter ihrem Motto *„fragend gehen wir voran"* (span.: preguntando caminamos) und ihrer Parole *„Alles für Alle!"* weitergehen. *¡Feliz compleaños, compas!*

Graswurzelrevolution 385

INTERVIEW MIT EINEM AKTIVISTEN AUS DEM YA-BASTA-NETZWERK

Hallo, du bist Teil des Ya-Basta-Netzwerks in Deutschland. Kannst du uns erzählen, worum es sich hierbei handelt und wie das Netzwerk entstanden ist?

Entstanden ist das Netz vor meiner Zeit. Soweit ich weiß ist es aus dem Intergalaktischen Treffen hervorgegangen, zu dem die Zapatistas 1996 eingeladen hatten. Danach haben sich Gruppen und Einzelne aus dem deutschsprachigen Raum zusammengefunden, um inspiriert von den Zapatistas zusammenzuarbeiten. Wir haben uns selbst beschrieben als Netz für Solidarität und Rebellion. Was meint, dass es natürlich für uns um die Solidarität mit den Zapatistas geht, aber auch darum, die Kämpfe hier zu führen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen. Es ist ein ziemlich überschaubares Netzwerk, das sich aber durch seine Kontinuität auszeichnet. Es kommen auch immer mal wieder neue Leute dazu.

Was macht das Ya-Basta-Netzwerk denn? Hat sich eure Arbeit im Laufe der Jahre verändert?

Das Ya-Basta-Netzwerk ist jetzt nicht die ganze Zeit als Gesamtzusammenhang aktiv. Trotzdem ist da über die Jahre einiges zusammengekommen. Von diversen Einzelaktionen in Solidarität mit den Zapatistas, über unsere Beteiligung an den Protesten in Heiligendamm bis hin zu Camps, die wir in den letzten Jahren organisiert haben. Außerdem geben wir seit einigen Jahren die Tierra y Libertad raus, eine Zeitschrift die sich mit den Zapatistas und anderen Bewegungen von links und unten beschäftigt. Dazu sind Leute, die sich aus dem Ya-Basta-Netzwerk kennen, gemeinsam in anderen Kämpfen unterwegs. Womit wir wieder bei der gegenseitigen Unterstützung wären...

Solidarität mit den Zapatistas geht, aber auch darum, die Kämpfe hier zu führen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen

Gibt es ähnliche Netzwerke innerhalb oder auch außerhalb des deutschsprachigen Raums und gibt es eine kontinuierliche Vernetzung?

Ja, es gibt ähnliche Netzwerke in Europa. Zum Beispiel in Frankreich und Spanien. Eine Vernetzung der europäischen Gruppen gibt es auch, zum Beispiel über die Website europazapatista.org. Ich würde diese Vernetzung auch als eine kontinuierliche beschreiben, aber es ist nicht so, dass wir uns besonders gut kennen würden. Dafür sind auch einfach die Entfernungen zu groß, denke ich.

Habt ihr den Anspruch, zapatistische Strukturen wie beispielsweise das „mandar obedeciendo – gehorchendes Befehlen" auf eure Arbeitsweise zu übertragen?

Nee, das machen wir nicht, allein schon deshalb, weil wir ein Netzwerk sind und keine Organisation. Das „mandar obedeciendo" greift ab einem Organisationsgrad und einer Verbindlichkeit, die wir überhaupt nicht haben. Andere politische Ansätze der Zapatistas finden bei uns viel mehr Widerhall. So zum Beispiel die Wertschätzung dafür, dass es viele Wege gibt, die in Richtung Befreiung führen und damit auch viele Kämpfe, die gleichberechtigt geführt werden müssen. Damit eng verbunden

ist die Bereitschaft, sich gegenseitig zuzuhören und einen respektvollen Umgang miteinander als Basis politischen Handelns zu sehen.

Befindet ihr euch in einem regelmäßigen Austausch mit den Zapatistas in Mexiko? Welche Rolle spielen gegenseitige Besuche in eurer politischen Praxis?

Austausch ist ein großes Wort. Es wäre schön, wenn man das so nennen könnte. Wir wünschen uns einen Austausch und wollen von ihnen lernen und sie auch in ihren Kämpfen unterstützen. Reisen nach Mexiko von Leuten aus unserem Umfeld gibt es immer wieder. Gelegentlich reisen auch Leute aus dem zapatistischen Umfeld hier her. Aber dass Menschen aus der zapatistischen Organisation selber nach Deutschland oder Europa kommen, ist – soweit ich weiß – noch nicht vorgekommen. Das liegt unter anderem daran, dass die meisten von ihnen gar keine Pässe haben.

Welche Erfahrungen habt ihr mit dem Konzept der Politik auf Augenhöhe gemacht? Funktioniert ein (Wissens-)Austausch abseits globaler bzw. neokolonialer Herrschaftsverhältnisse?

Da kann man Bücher drüber schreiben.

Wie können wir uns denn abseits der Herrschaftsverhältnisse sehen? Wir tragen sie mit uns, ob wir wollen oder nicht. Das ist eine ziemlich schmerzhafte Erkenntnis, die beispielsweise Menschen, die hier antirassistische Arbeit machen, kennen werden. Der Austausch kann nur stattfinden, wenn die Menschen, die Handelnden, sich begegnen. Aber in diesen Begegnungen bleibt die Unterscheidung zwischen „uns“ und „ihnen“ eingebrannt. Wir, also die Menschen aus den Metropolen, sind diejenigen, die haben: Geld haben, Privilegien, Möglichkeiten. Sie sind die, die vor allem nicht haben. Sie sind die, die machen.

Allein mein Flug hat mehr Geld gekostet, als die Familie im Jahr zur Verfügung hat, und der Preis meiner Wanderschuhe entspricht mehreren Monatseinkommen. Da kann ich zuhause noch so sehr als „armutsgefährdet“ eingestuft sein, für die Menschen die ich dort treffe, bin ich reich. Sehr reich. Das ist ein Hemmnis für die gleiche Augenhöhe, das erstmal überwunden werden will.

Trotz dieser Schwierigkeiten glaube ich, dass diese Begegnungen auch wichtig sind, um die globalen Herrschaftsverhältnisse abzubauen. Die Zapatistas unternehmen immer wieder große Anstrengungen, Orte der Begegnung zu schaffen. Sei es über die unzähligen Treffen, die sie veranstaltet haben oder jetzt zuletzt über die Escuelita. Diese „kleine zapatistische Schule", die vergangenes Jahr mehrfach stattgefunden hat, ist ja das direkte Angebot, von ihren Erfahrungen zu lernen. Dazu gab es die klare Ansage: Wer zur kleinen Schule kommt, tut das als Schüler_in, kommt um zuzuhören und zu lernen. Zu lernen, von den Indigenen, von den Armen, von den Kleinbauern. Damit haben sie die klassische Rollenverteilung auf den Kopf gestellt. Aber dass eine solche Ansage not tut, zeigt ja auch, dass es aus Sicht der Zapatistas mit dem Zuhören bei den meisten solidarischen Städter_innen nicht all zu weit her ist.

Zum Begriff des „Austauschs", nach dem du auch fragst: Mit jeder Begegnung mit Menschen, die in die zapatistischen Dörfer kommen, findet ja auch eine Begegnung von Ideen und Ansichten statt. Mir scheint es nur so, dass für die Menschen in den zapatistischen Gemeinden nur ein kleiner Teil der Theorien oder Erfahrungen aus dem städtischen oder gar europäischen Kontext irgendeine greifbare Relevanz hat. Von daher ist der Ausdruck „Austausch" vielleicht auch ein wenig irreführend.

Im Zuge revolutions-romantischer Projektionen auf die Zapatistas findet doch sicherlich eine Art „Solidaritäts-Tourismus" aus Europa und den USA nach Chiapas statt, oder? Wie ist der Umgang der Zapatistas damit? Wie seht ihr den „Soli-Tourismus"?

Reine Revolutionstourist_innen haben glaube ich wenig Chancen, in zapatistische Gemeinden zu gelangen. Die Zapatistas fragen schon deutlich nach, wer da kommt und was die Leute denn wollen. Somit bleiben die Touris spätestens in den Caracoles (den zapatistischen Verwaltungssitzen) hängen.

Anders sieht es mit Menschen aus, die sich in solidarische Strukturen einklinken oder zum Beispiel als Menschenrechtsbeobachter_innen[1] dort aufschlagen. Mit böser Zunge könnte mensch da auch von einer Art Solidaritäts-Tourismus sprechen. Fakt ist, dass Beobachter_innen dorthin geschickt werden, wo die Dörfer danach gefragt haben. Das ist weiterhin eine sehr sinnvolle Sache und dort werden dringend Freiwillige benötigt.

dass es viele Wege gibt, die in Richtung Befreiung führen und damit auch viele Kämpfe, die gleichberechtigt geführt werden müssen

Im Sommer 2013 fand die Escuelita, die Kleine Zapatistische Schule, statt. Gab es für diejenigen von euch, die nicht nach Chiapas reisen konnten, die Möglichkeit aus der Ferne daran teilzuhaben? Wenn ja, wie? Was konntet ihr davon mitnehmen?

Die Zapatistas haben parallel zu der Escuelita in Chiapas eine Videoschaltung organisiert, bei der mensch in einem virtuellen Klassenraum am Unterricht teilnehmen konnte. Im Sommer haben daran nur einzelne von uns teilgenommen. Aber zum Jahreswechsel gab es zwei weitere Durchgänge der Schule und da waren wir fünf Tage lang mit knapp 30 Menschen dabei. Jeden Abend gab es rund drei Stunden mit einer Live-Videoübertragung aus Chiapas. Am anderen Ende der Leitung saß unsere Lehrer_innen-Gruppe und hat zu verschiedenen Themen referiert. Es ging viel um die Strukturen und Prinzipien ihrer Selbstverwaltung, das „Gute Regieren“, wie sie es nennen. Es ging um die Entwicklung der Frauenrechte, um ihr Verständnis von Demokratie, um Gerechtigkeit und das autonome Justizsystem, um Autonomie und Widerstand. War das Thema des Abends beendet, hatten wir eine Viertelstunde Zeit, über einen Chat Fragen zu stellen, die im Anschluss beantwortet wurden.

Es war natürlich für die meisten nicht alles neu, was unsere Lehrer_innen erzählt haben. Aber von den Beteiligten direkt und in so konzentrierter Form zu hören, wie sie den Prozess der Selbstverwaltung und Autonomie gestalten – das war schon arg spannend. Und dazu kam noch der Austausch untereinander, für den wir ja auch reichlich Zeit hatten.

> Wer zur kleinen Schule kommt, tut das als Schüler_in, kommt um zuzuhören und zu lernen

Mitgenommen davon haben wir eine Menge. Die Zapas haben angekündigt, dieses Jahr noch eine weitere Wiederholung der Schule durchzuführen. Wir möchten dann gern wieder eine Videoklasse oder mehrere durchführen, um mehr Interessierten die Teilnahme zu ermöglichen. Ob wir das organisatorisch schaffen, ist noch nicht klar, zumal auch noch kein Termin feststeht.

Wie ist eure Einschätzung: Welchen Bezugspunkt bildet der Zapatismus für die radikale Linke in Deutschland? Hat es da in den letzten 20 Jahren Veränderungen gegeben?

Ich habe den Eindruck, dass zapatistische Ideen und Ansätze in Teilen der deutschen Linken auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Auch das Interesse an den Zapatistas bleibt relativ hoch – Veranstaltungen zu dem Thema werden häufig gut besucht und auch die Tierra y Libertad als Zeitschrift zu dem Thema

geht gut weg. Leider bleibt es meist bei einer konsumierenden Haltung. Die Anzahl von Menschen, die aktiv etwa Soli-Aktionen initiieren oder unterstützen ist doch sehr überschaubar.

Glaubt ihr, dass die Kommuniqués aus dem lakandonischen Urwald das Politikverständnis der radikalen Linken in Deutschland nachhaltig verändert haben? Wenn ja, inwiefern? Und wenn nicht, woran glaubt ihr könnte das liegen?

Viel spannender als die deutsche Linke finde ich andere Entwicklungen. Nach dem, was ich aus den kurdischen Selbstverwaltungsgebieten höre, haben sich dort sehr konkret zapatistische Ansätze niedergeschlagen, auch wenn sie es nicht so nennen. Das nur als ein Beispiel.

Aber zur deutschen radikalen Linken: Ich kenne einige, deren Politikverständnis sich durch die Mitteilungen der Zapatistas erweitert hat. Einige, die in den Kommuniqués der Zapatistas die Worte gefunden haben für das, was ihr Herz bewegt. Viele, für die zapatistische Ideen, Parolen und Formulierungen schon immer dazugehören, weil sie in den letzten zwanzig Jahren sehr präsent in der Linken sind. Und ich kenne einige, deren Entschlossenheit, sich für eine bessere Welt einzusetzen, nachhaltig gestärkt wurde. Das ist doch schon mal was.

Und warum sich nicht alle davon angesprochen fühlen? Ich werd mal ein bischen böse: Die Zapatistas haben vor allem deutlich gemacht, dass Veränderung möglich ist. Das haben sie getan mit relativ wenig Theorie aber einer Menge Praxis, mit dem Einsatz und der Entschlossenheit von etlichen Zehntausend Menschen. Würden wir – als radikale Linke – das zapatistische Beispiel ernst nehmen, dann müssten wir uns ernsthaft organisieren und uns ehrlich dem Kampf um Veränderung widmen. Das wäre aber wahrscheinlich mit einer Menge Unbequemlichkeit, Arbeit und Unsicherheit verbunden. Da ziehen wir doch so ziemlich alle unsere Subkultur-Nische vor. Dann ist es auch nur ehrlich, wenn mensch die Texte der Zapatistas nicht all zu hoch hängt.

> Leider bleibt es meist bei einer konsumierenden Haltung.

Fußnote:

[1]Mehr zur Menschenrechtsbeobachtung: carea-menschenrechte.de

„BESSERES OLDENBURG“

BLINDER HASS UND STUMPFE PAROLEN

Seit dem Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof in Osternburg ist von Seiten der Oldenburger Neonaziszene viel passiert. Unter anderem kam es zu weiteren Sprüh- und Aufkleberaktionen, aber auch zu konkreten Bedrohungen gegen Andersdenkende bis hin zum Aufruf zum Mord. Der folgende Artikel fasst die aktuellen Ereignisse und handelnden Neonazistrukturen in einer unvollständigen Übersicht zusammen.

Außenwirkung und Aktivitäten

Seit dem Anschlag auf den jüdischen Friedhof kam es kontinuierlich zu Aktivitäten der Neonazis aus dem Umfeld der „Kameradschaft Oldenburg“ . Regelmäßig wurden Aufkleber mit neonazistischen Inhalten verklebt, vor allem in den Oldenburger Stadtteilen Osternburg und Kreyenbrück, aber auch im Bahnhofsviertel und in Donnerschwee sowie in der Kleinstadt Rastede (Landkreis Ammerland). Außerdem beteiligten sich drei Oldenburger Neonazis am Naziaufmarsch in Magdeburg am 18.01. 2014 und provozierten während einer Stadtratssitzung im PFL.

Anfang Januar 2014 wurde außerdem probiert, eine Internetpräsenz der „Kameradschaft Oldenburg“ zu etablieren. Nach dem peinlichen Versuch, eine Homepage bei dem Anbieter „wix.com“ zu etablieren , versuchten die Neonazis nun, eine Präsenz beim alternativen Blogbetreiber „blogsport“ zu starten. Zwei Seiten mit dem Namen „Kameradschaft Oldenburg“ bzw. „Widerstand Oldenburg“ wurden nacheinander gestartet, jedoch nach jeweils wenigen Stunden wieder gelöscht.

Seit dem 6.Januar betreiben die Neonazis eine Facebookseite unter dem Namen „Besseres Oldenburg“ und treten auch unter diesem Namen auf.

Bezugnahme auf eine militante Neonazigruppe aus Hannover

Der Begriff „Besseres Oldenburg“ nimmt direkten Bezug auf den Gruppennamen der Kameradschaft „Besseres Hannover“, die im September 2012 als militante neonazistische Organisation verboten wurde. Neben Gewalttaten gegen Antifaschist_innen machten die Hannoveraner Neonazis von „Besseres Hannover“ vor allem durch die Figur des „Abschiebär“ auf sich aufmerksam. In Internetvideos trat ein Neonazi in einem Bärenkostüm auf und forderte Menschen, denen ein „Migrationshintergund“ zugeschrieben wird, zur Ausreise aus Deutschland auf. In einem Video verwendet der „Ab-

[1] Rolf Hilfers

[2] Erik Bruhn aus Oldenburg-Kreyenbrück (links) bei einer NPD-Kundgebung in Oldenburg am 12.01.2013. Rechts im Bild: Robin Sudbrink (derzeit inhaftiert)

[3] Phillip Krull aus Ofen (Bildmitte) bei einer NPD-Kundgebung in Oldenburg am 16.08.2013 zusammen mit den Oldenburger NPD-Funktionären Ulrich Eigenfeld (links) und Eckhard Aden (rechts)

schiebär“ dabei den Hitlergruß. Videos des „Abschiebär“ verschickte „Besseres Hannover“ per E-Mail an verschiedene niedersächsische Politiker_innen, unter anderem an die Integrationsministerin Aygül Özkan. Außerdem produzierte „Besseres Hannover“, zu dessen innerem Kern ca. 40 Neonazis gehören sollen, eine Schüler_innenzeitung mit dem Titel „Bock – das Sprachrohr der Gegenkultur“.

Akteur_innen

Die Oldenburger Kameradschaftsstruktur setzt sich aus Neonazis zusammen, die teilweise seit Jahren in Oldenburg versuchen, rassistische, sexistische und antisemitische Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen. Teilweise sind aber auch Neonazis das erste Mal im Zusammenhang mit der „Kameradschaft Oldenburg“ in Erscheinung getreten. Im Folgenden wollen wir die wichtigsten Akteure kurz benennen.

Daniel Gawenda ist seit vielen Jahren als Neonazi bekannt. Er engagiert sich für die NPD und war auch Teil der militanten Neonazistruktur, die im Jahr 2011 für diverse Gewalttaten verantwortlich war. Die Wohnung von Gawenda in Osternburg dient regelmäßig als Anlaufpunkt für Neonazis, die von dort aus Aufkleber verkleben, Sprühereien mit neonazistischen Inhalten verbreiten oder, teilweise Parolen rufend, in die Innenstadt zu ihrer Stammkneipe, dem Big Ben in der Wallstraße ziehen.

Auch Erik Bruhn ist seit mehreren Jahren als Neonazi bekannt. Er engagiert sich ebenfalls für die NPD und war seit 2011 in militante Neonazistruktu-

ren in Wilhelmshaven und Oldenburg eingebunden. Auch er war in mehrere gewalttätige Aktionen der Oldenburger Neonaziszene eingebunden. In Kreyenbrück, dem Wohnort Bruhns, tauchen regelmäßig Neonaziaufkleber auf. Bruhn war auf diversen neonazistischen Demonstrationen zwischen 2011 und 2013 anzutreffen.

Rolf Hilfers trat mit der Gründung der Oldenburger Kameradschaft das erste Mal öffentlich als Neonazi auf. Hilfers, der ursprünglich aus Rastede kommt, wohnt ebenfalls in Kreyenbrück. Die Gegend um seine Wohnung versieht er regelmäßig mit Neonaziaufklebern. Hilfers wurde am Abend des Farbanschlags auf den jüdischen Friedhof im November 2013 in einer vierköpfigen Gruppe Neonazis in unmittelbarer Nähe des Tatorts gesehen.

Zum Kreis der aktiven Mitglieder zählt ebenfalls der 18jährige Phillip Krull aus Ofen (Bad Zwischenahn, Landkreis Ammerland). Krull, der zunächst versuchte, in der Oldenburger Fußballfanszene Fuß zu fassen, beteiligte sich bereits an NPD-Kundgebungen in Bremen und Oldenburg. Außerdem unterstützte er Wahlkampfstände der NPD in Nordenham und Brake Ende August 2013. Darüber hinaus pflegt Krull Kontakte in die Oldenburger Hooliganszene.

Von Mai bis Juli 2013 tauchten zudem in Ofen mehrere Hakenkreuzschmierereien auf. Ein 18jähriger gestand die Tat. Vieles deutet darauf hin, dass es sich hierbei um Phillip Krull handelt.

Krull arbeitet derzeit bei einem REWE-Supermarkt in der Oldenburger Innenstadt. Nicht nur durch die häufige Anwesenheit seiner „Kameraden" entsteht für Andersdenkende eine potentielle Bedrohungslage.

„Wir greifen Euch einzeln ab. Heil Hitler"

Auf der Facebookseite „Besseres Oldenburg" kommentieren die Neonazis eine Hausbesetzung. Unter anderem ist dort zu lesen: „Es wird [...] schon fleißig an einer Protestaktion, gegen Linke in Oldenburg geplant" (Eintrag vom 13.Januar 2014).

Was sich genau darunter vorgestellt werden kann, machtePhillip Krull zusammen mit einem „Kameraden" deutlich. Mit den Worten „Wir greifen euch einzeln ab. Heil Hitler" bedrohten die beiden Neonazis eine Person Mitte Januar in der Innenstadt.

Bereits im Dezember 2013 besuchten vier Neonazis von „Besseres Oldenburg" eine Sitzung des Oldenburger Stadtrats im PFL. Da mit Ulrich Eigenfeld ein Vertreter der NPD im Rat sitzt, gibt es bei jeder Sitzung antifaschistische Proteste. Im Dezember wurde darüber hinaus die Ausstellung „alte und neue Nazis in Oldenburg" gezeigt. Auf Grund dessen versuchten die Neonazis Erik Bruhn, Rolf Hilfers, Phillip Krull und eine weitere Person im PFL mit ihrer Anwesenheit zu provozieren, wurden jedoch schnell von Antifaschist_innen der Räumlichkeiten verwiesen.

„Lammerding töten"

Ebenfalls auf das Konto von „Besseres Oldenburg" dürfte ein Aufruf zur Tötung von Frank Lammerding gehen. Lammerding ist Leiter des Schulamts und geriet in die lokalen Schlagzeilen, als er Schulleiter_innen und Eltern den direkten Kontakt zur Vertreter_innen des Stadtrats untersagen wollte. Die Neonazis schrieben dazu auf ihrer Facebookseite in gewohnt verkürzter Manier: „Der schuldige ist gefunden! Der Antideutsche Frank Lammerding. Er stellt sich gegen die Schulleitungen in Oldenburg und will ihnen ein Maulkorb verpassen! Nicht mit uns!" (Facebookeintrag vom 9.Januar, Fehler im Original)).

Kurz darauf tauchte auf einem Altkleidercontainer am Gleisweg, gegenüber der Wohnung von Daniel Gawenda, eine Sprüherei mit dem Wortlaut „Lammerding töten" auf. Mit derselben roten Farbe wurden wenige Meter entfernt Hakenkreuze sowie die Parole „NS jetzt" gesprüht.

Inhalte / Ideologien

In der Außendarstellung von „Besseres Oldenburg" wird deutlich, dass ausführliche inhaltliche Auseinandersetzungen nicht stattfinden. Vielmehr werden Parolen, die auf Aufklebern und während neonazistischer Demonstrationen auftauchen, reproduziert, ohne inhaltlich in die Tiefe zu gehen. So schrieb die „Kameradschaft Oldenburg" auf der mittlerweile gelöschten Blogsportseite: „Denn Umweltschutz ist Heimatschutz". Teilweise sind die Verlautbarungen der Kameradschaft sprachlich so mangelhaft, dass der Sinn verkehrt wird („Auch in Oldenburg ist es keine Seltenheit, das sogenannte eingereiste Südländische „Mitbürger" vor Raubüberfällen halt machen", Face-

[4] Daniel Gawenda mit seiner Partnerin Nina Pauen bei einer NPD-Kundgebung am 12.01.2013 in Oldenburg

[5] Ein Aktivist von „Besseres Oldenburg“ beim Naziaufmarsch in Bad Nenndorf am 03.08.2013

bookeintrag vom 12.Januar 2014) oder der Sinn schlicht und einfach nicht mehr erkennbar ist („Somit würde die Jugend, sich der Gesellschaft anschließen die als einzige Perspektive hat!“)

Über einfachste Ideologiefragmente in Parolenform kommen die Neonazis nicht hinaus. Auch mit einem bei Facebook geposteten Zitat schossen sie ein Eigentor. Sie bezogen sich positiv auf den Philosophen Arthur Schopenhauer. Das von ihnen gepostete Zitat wurde von einem Facebookuser treffend mit folgendem Zitat ergänzt: „Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu sein. Hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Torheiten, die ihr eigen sind, mit Händen und Füßen zu verteidigen.“

Ausblick

Auch wenn die Aktivist_innen der „Kameradschaft Oldenburg“ bzw. von „Besseres Oldenburg“ inhaltlich und rhetorisch nicht gerade professionell auftreten, versuchen sie derzeit, mit Propagandaaktionen und Einschüchterungen in die Offensive zu gehen.

Es ist vielfältiges antifaschistisches Engagement gefragt, um das Treiben der Neonazis schnellstmöglich zu beenden.

geklaut von: antifaelf.blogsport.de

Gewalt gegen Wohnungslose 1933-45

– Das Schicksal der Oldenburger Opfer –

Ein Spottlied der Landstreicher und Wanderarbeiter um 1870 reimt auf das Großherzogtum Oldenburg:

„Wie jeder Kunde weiß
Ist es im Oldenburg'schen heiß
Denn die Herrn vom Teckelgeschlechte
Sind fürwahr die reinsten Henkersknechte.
Von oben bis unten wird man bespannt
In dem kleinen Oldenburger Land."

Mit diesen Zeilen warnten sich die „Kunden", also die Umherziehenden, vor dem heißen (gefährlichen) Oldenburger Pflaster, wo sie sich von den Gendarmen (Teckeln) scharf beobachtet (bespannt) fühlten. Wie es weiter heißt, mache man schnell Bekanntschaft mit „Vater Philipp", dem Gefängniswärter, und verbringe seine Zeit mit Steineklopfen. So vergehe den „duften Kunden" die Lust an „dem kleinen Oldenburger Land." Der Reimeschmied schreibt von sich selbst, auch er habe „auf der Winde" (im Arbeitshaus) gesessen, und zwar in „Wechte" (Vechta).

Und wirklich erscheint das Großherzogtum Oldenburg auf einer zeitgenössischen Wanderkarte Norddeutschlands völlig ausgespart von Wegen und Orten, an denen sich die Obdachlosen bewegten und begegneten. Im ausgehenden 19. Jahrhundert war ihre Zahl beträchtlich gestiegen, bedingt durch die Proletarisierung, die mit der Industrialisierung einherging. Die sogenannten „Wanderarmen" entwickelten eine Kultur der Straße mit Kommunikations- und Informationsformen, in der sich auch ein neues Selbstbewusstsein ausdrückte. Als „dufte Kunden" zählten sich viele nicht zur Gesellschaft der Obdachlosen, Bettler, Landstreicher und Vagabunden, die es zu allen Zeiten und Epochen gab. Doch solche Unterscheidungen fielen angesichts der wachsenden Masse der Wandernden schwer. „Die öffentliche Fürsorge... war diesem Ausmaß von Hilfebedürftigkeit nicht gewachsen," wie Karl-Heinz Grohall feststellt. Obwohl die Wanderarbeiter eine wichtige Nische im industrialisierten Kapitalismus ausfüllten, indem sie der Arbeit folgten und so den Arbeitsmarkt flexibilisierten, sahen sie sich ab 1871 vom Staat durch eine Änderung des Strafrechts bedroht. „Bettelei, Landstreicherei, aber unter Umständen auch bloße Obdachlosigkeit" konnten nun durch § 361 „mit Haft bis zu sechs Wochen" geahndet werden. Schnell füllten sich die Gefängnisse, so dass der wilhelminische Staat Sonderhaftanstalten einrichtete, die verharmlosend als „Korrektionsanstalten" bezeichnet wurden. Wie in dem Spottlied der „Kunden" beschrieben, richtete der oldenburgische Staat ein Arbeitshaus dieser Art in Vechta ein. Hier konnten die „Korrigenden" bis zu zwei Jahre nach Verbüßung ihrer Haft gefangen gehalten werden.

Der überforderten staatlichen Armenfürsorge kamen christliche Kräfte zu Hilfe. So wurde in Oldenburg 1882 aus der Mitte des protestantisch-liberalen Bürgertums eine „Herberge zur Heimat" gegründet, die sich drei Jahre später dem „Niedersächsischen Herbergsverband" anschloss. Im Jahr 1891 gab es in 25 norddeutschen Städten solche Häuser, und 1906 waren es nicht weniger als 34 dieser meist von der Inneren Mission betriebenen Einrichtungen, in denen die Bedürftigen gegen geringes Entgelt Mahlzeit und Unterkunft fanden. Zunehmend boten Herbergen im ländlichen Raum neben Arbeitsvermittlung auch Arbeitsplätze an, indem sie Landwirtschaft betrieben und Werkstätten einrichteten. Bereits 1883 wurde in Delmenhorst die „Arbeiterkolonie Dauelsberg" gegründet, die bald auf 95 ha landwirtschaftliche Fläche anwuchs und den Wanderern eine feste Bleibe und sinnvolle Arbeit bot.

Aus der caritativen und anfangs konstruktiven Parole „Arbeit statt Almosen", die auf Friedrich Bodelschwingh zurückging, ließ sich jedoch im Umkehrschluss ableiten, dass Menschen, die sich den Angeboten entzogen, zu den „Arbeitsscheuen" gehörten. Die protestantische Ideologie gründet auf beiden Aspekten – ihrem sozialen Ansatz entspringt die Fürsorgepflicht, ihrem Arbeitsethos das moralische Verdikt der „Faulheit". Die Nazis griffen diese Denkfigur auf und errichteten mit der stationären Fürsorge für „arbeitswillige und arbeitstaugliche Wanderarme" eine fiktive Trennlinie, die den „nichtseßhaften Menschen" konstruierte.

Dieser sei „von Natur arbeitsscheu“ und zählte in der rassenbiologischen Abstufung der Nazis damit zu den „Minderwertigen“. Im September 1933 führte das Regime mit der „Bettlerrazzia“ die erste gezielte und „reichsweite“ Aktion gegen die Wohnungslosen durch und drückten ihnen den Stempel „arbeitsscheu“ auf.

Dennoch profitierte die Wirtschaft weiterhin von der Wanderbewegung als einem flexiblen Instrument der Arbeitsmarktpolitik. Ab 1938 änderte sich diese Haltung: „Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren,“ wie Heydrich in einem Geheimerlass vom 1.6.1938 betonte. Von nun an wurde das Wandern unterdrückt, das Regime wollte die Betroffenen sesshaft machen und die übrigen aus der „Volksgemeinschaft“ entfernen. Um auch diese noch auszubeuten, wurden sie zur Zwangsarbeit ins KZ verschleppt.

Als Startschuss galt Himmlers Erlass zur „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ vom 14.12.1937. Auf diesem „Grunderlaß“ basierten umfangreiche Vollmachten für die Kriminalpolizei, um „die Gemeinschaft vor dem Verbrecher und dem Asozialen zu schützen.“ Dabei wurde der „asoziale“ Mensch als jemand definiert, der „durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches, Verhalten zeigt, dass er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will.“ Nach den am 4. April 1938 ergangenen Ausführungsbestimmungen des Reichspolizeiamtes betraf der Erlass

„a) Personen, die durch geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen (z.B. Bettler, Landstreicher, Zigeuner, Dirnen, Trunksüchtige, mit ansteckenden Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten behaftete Personen, die sich den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden entziehen).

b) Personen ohne Rücksicht auf etwaige Vorstrafen, die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen (z.B. Arbeitsscheue, Arbeitsverweigerer, Trunksüchtige).

In erster Linie sind bei der Anwendung der polizeilichen Vorbeugungshaft Asoziale ohne festen Wohnsitz zu berücksichtigen. Politische Gesichtspunkte dürfen bei der Prüfung, ob eine Person als asozial zu bezeichnen ist, in keinem Falle Platz greifen. Dieses Gebiet bleibt nach wie vor der Geheimen Staatspolizei vorbehalten (Schutzhaft).“

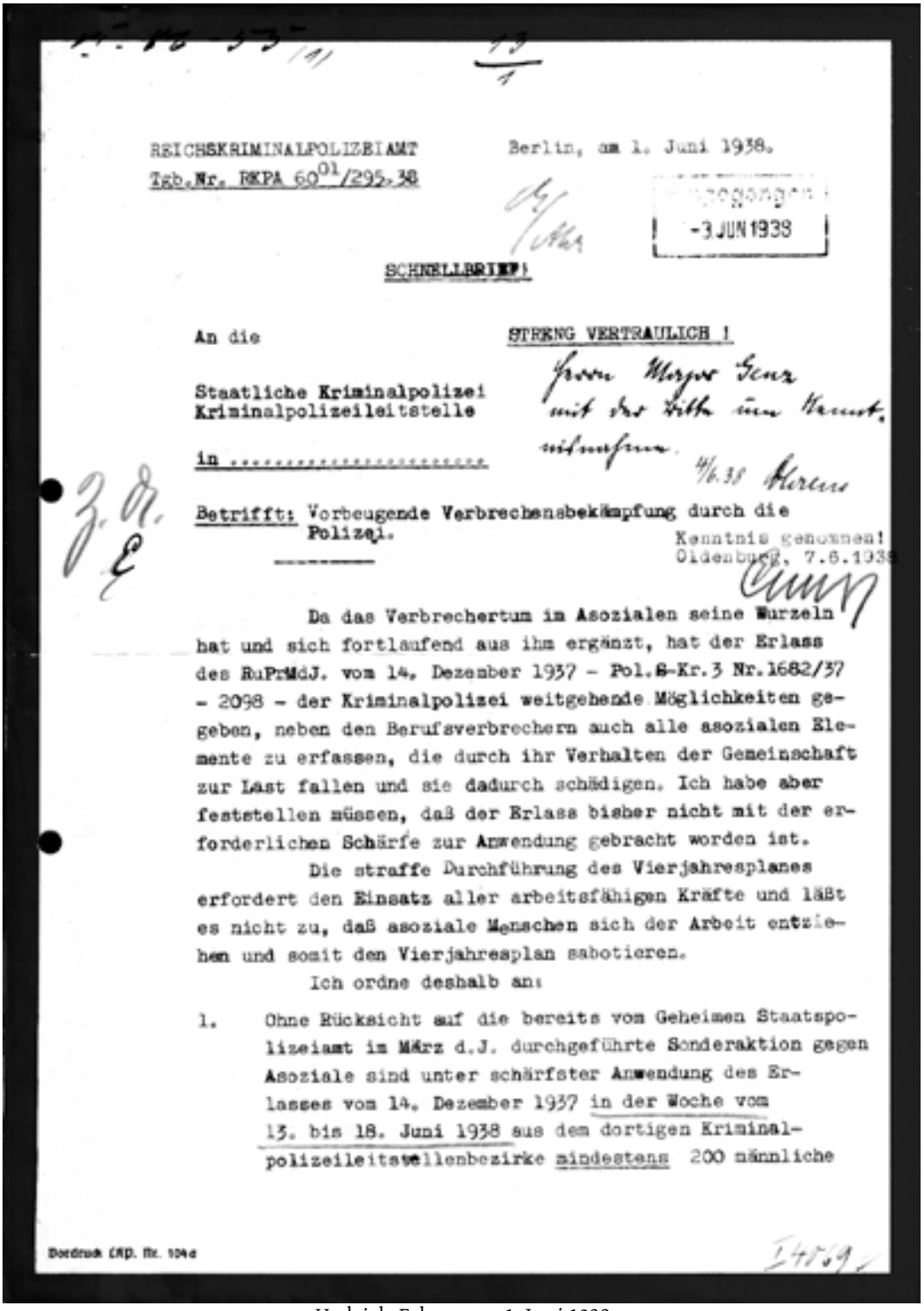
Damit wurde neben der von der Gestapo verhängten „Schutzhaft“ eine „Vorbeugungshaft“ eingeführt, die nur von der Kripo angeordnet werden konnte. Zwar führte diese ebenso ins KZ wie die „Schutzhaft“, konnte aber gegenüber dieser viel länger dauern, da die Haftprüfungstermine seltener waren.

Den Ausführungsbestimmungen vom 4.4.1938 folgte der Heydrich-Erlass vom 1.6.1938. Nach geheimer Vorbereitung schlug die Polizei am 13. Juni 1938 im ganzen „Reich“ gleichzeitig zu und durchsuchte Wohnungslosenasyle, Herbergen zur Heimat, Pflegeheime und Privatwohnungen nach „arbeitsscheuen Asozialen.“ Insgesamt wurden mehr als 10.000 Menschen verhaftet. Im Oldenburgischen Innenministerium traf bereits am 14. Juni eine Vollzugsmeldung der Staatlichen Kriminalpolizei Bremen als Zentrale des „Gau Weser-Ems“ ein. Sie enthielt eine Liste von 63 Namen. „derjenigen Personen, die ... im Land Oldenburg in Vorbeugungshaft genommen worden sind.“ Nur wenig später kam eine ähnliche Meldung von der Kripo Wilhelmshaven: „Bei der am 1.6.38 angeordneten, in der Zeit vom 13. bis 18.6.1938 im Kriminalpolizeistellen-Bezirk Wilhelmshaven durchgeführten Sonderaktion sind in den ... Amtsbezirken Ammerland und Friesland sowie im Stadtgebiet Wilhelmshaven insgesamt 41 Personen, darunter 5 Juden, in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen und in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald eingeliefert worden. Eine Liste ist beigefügt. Die Juden sind rot gekennzeichnet.“

Außer diesen beiden Listen weisen die Akten keine weiteren Verhaftungen auf, obwohl sie bis 1953 datieren. Ob damit jedoch alle Opfer benannt sind, kann nicht abschließend beurteilt werden. Während sich die Liste vom 18. Juni 1938 auf die Verhaftungen in Friesland, im Ammerland und in Wilhelmshaven beschränkt, scheint die Bremer Liste vom 14. Juni tatsächlich die übrigen Oldenburger Staatsgebiete abzudecken. Damit sind mindestens 105 in Oldenburg verhaftete Menschen namhaft zu machen, die von KZ-Haft infolge von Himmlers „Asozialen-Erlass“ betroffen waren. Was wurde aus ihnen?

Die Namen der jüdischen Opfer mit Angabe ihrer Geburtsorte lauten: Simon und Sally Bäumer, Emden, Max Feybusch, Stettin, Karl Fichtemann, Rogasse. Letzterer wurde aus der Herberge zur Heimat in Varel heraus verhaftet.

„Herbergen zur Heimat“, Mühlenstraße 17 (1957)



REICHSKRIMINALPOLIZEIAMT
Tgb.Nr. RKPA 60[01]/295.38

Berlin, am 1. Juni 1938.

-3 JUN 1938

SCHNELLBRIEF!

An die

Staatliche Kriminalpolizei
Kriminalpolizeileitstelle

in .....

STRENG VERTRAULICH !

Herrn Major Genz mit der Bitte um Kenntnisnahme.
4/6.38 Ahrens

Betrifft: Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei.

Kenntnis genommen!
Oldenburg, 7.6.1938

Da das Verbrechertum im Asozialen seine Wurzeln hat und sich fortlaufend aus ihm ergänzt, hat der Erlass des RuPrMdJ. vom 14. Dezember 1937 - Pol.S-Kr.3 Nr.1682/37 - 2098 - der Kriminalpolizei weitgehende Möglichkeiten gegeben, neben den Berufsverbrechern auch alle asozialen Elemente zu erfassen, die durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen und sie dadurch schädigen. Ich habe aber feststellen müssen, daß der Erlass bisher nicht mit der erforderlichen Schärfe zur Anwendung gebracht worden ist.

Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.

Ich ordne deshalb an:

1. Ohne Rücksicht auf die bereits vom Geheimen Staatspolizeiamt im März d.J. durchgeführte Sonderaktion gegen Asoziale sind unter schärfster Anwendung des Erlasses vom 14. Dezember 1937 in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 aus dem dortigen Kriminalpolizeileitstellenbezirke mindestens 200 männliche

Vordruck LKP. Nr. 104d

Hydrich-Erlass vom 1. Juni 1938

In Jever wurde Friedrich Levy aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Über „Fritz Levy, den letzten Juden Jevers," existieren zahlreiche Berichte und sogar ein Wikipedia-Eintrag. Sie legen Zeugnis von seiner Verfolgung und seinem Überleben unter abenteuerlichen Umständen ab.

Der jüdische Pferdehändler Iwan Lazarus wurde trotz festen Wohnsitzes in Oldenburg, Nedderend 50, festgenommen. Sein Schicksal und das seiner Familie ist in Jörg Paulsens und Ahlrich Meyers Erinnerungsbuch von 2001 dokumentiert. Nach Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen im Herbst 1938 gelang ihm zusammen mit seiner Frau Minna und seinem neunjährigen Sohn Egon die Emigration nach Paraguay. Nur wenige seiner zahlreichen Oldenburger Verwandten überlebten den Holocaust (Erinnerungsbuch S. 104 f.). Anscheinend hat ihm seine persönliche Erfahrung mit dem Lagersystem der Nazis deutlicher als seinen Verwandten vor Augen geführt, dass eine Rettung der Juden allein in der Flucht lag.

Die Schicksale der übrigen Opfer sind m.W. nicht bekannt und anscheinend auch noch nicht untersucht worden. Soweit sie in der Stadt Oldenburg lebten (Liste vom 14.6.1938) handelte es sich um Antonius Batko, geb. 30.9.1893 in Lysa-Gora, Cloppenburger Str. 293, Gustav Rost, geb. 12.4.1901 in Oldenburg, Pflegeheim Haarenhof am Schützenweg, Otto Steinbach, geb. 30.11.1888 in Bant-Wilhelmshaven, Auguststr. 28, und Anton Hansen, geb. 5.4.1909 in Schaufenberg, ohne Straßenangabe. Zwei der Verhafteten wohnten in Cloppenburg, vier in Delmenhorst, zwei in Brake, einer in Vahrenesch bei Goldenstedt, einer in Twistringen, Kreuzweg 1, einer in Elsfleth, Deichstr. 31, drei in Nordenham, einer in Steinfeld, einer in Farge-Rekum, die übrigen waren ohne festen Wohnsitz. Die Aufstellung vom 18.6.1938 weist überhaupt keine Wohnortangaben auf. Da die Oldenburger Opfer dem KZ Sachsenhausen zugeführt wurden, dürften weitere Einzelheiten der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen zu ermitteln sein. Nach Angaben von Wolfgang Ayaß war die Sterblichkeit unter diesen Häftlingen besonders hoch.

„Walter Ballhaus, um 1931" (aus: Wohnungslose im NS)

Die Dokumente in den Oldenburger Akten beschränken sich auf die beiden Verhaftungsaktionen vom Sommer 1938, und die Fachliteratur bestätigt, dass die Opfergruppe damit im Wesentlichen erfasst war. In diesem Jahr füllten sich die Konzentrationslager mit mehr als 10.000 zu „Asozialen" gestempelten Menschen, die sich durch einen schwarzen Winkel kenntlich machen mussten. Zwar wurden mehr als 1000 von ihnen anlässlich einer Amnestie im Jahr 1939 entlassen, aber, wie Wolfgang Ayaß feststellt, ist „die 1986 von der Bundesregierung aufgestellte Behauptung," die Häftlinge dieser Gruppe seien „überwiegend freigekommen... völlig aus der Luft gegriffen." Die übrigen konnten nicht auf den regulären Haftprüfungstermin hoffen, der nach Ablauf von zwei Jahren am 18.6.1940 fällig gewesen wäre, denn nach Kriegsbeginn galt, dass „asoziale Elemente" auf keinen Fall aus der Haft zu entlassen seien.

Epilog:
Mit der Aktion „Arbeitsscheu Reich" im Jahr 1938 verfolgten die Nazis drei Ziele: zum einen die Kontrolle über die „Nichtsesshaften", zum zweiten mehr Produktivität durch mehr Zwangsarbeit in den KZs, zum dritten zwangen sie die übrigen „Wanderer" zu Sesshaftigkeit und fester Arbeit. Wahrend die „Arbeiterkolonien" Zulauf bekamen, war das Schicksal der „Herbergen zur Heimat" besiegelt. Die Oldenburger Einrichtung an der Mühlenstraße 17, die noch im Jahr 1926 als eine „sehr gut gehende Herberge" bezeichnet worden war, schloss ihre Tore: „Zu unserm Bedauern sehen wir uns veranlasst, mitzuteilen, daß die Herberge zur Heimat in Oldenburg zum 1. September ds.Js. geschlossen wird. Das Gebäude geht zum 1. Oktober in den Besitz der Reichspostdirektion über... mit deutschem Gruß."

Die Arbeiterkolonie Dauelsberg dagegen profitierte von der Gewaltmaßnahme – genauer gesagt: der Landesfürsorgeverband Oldenburg (LFV) profitierte da-

von. Schon im Januar 1938 hatte er die Arbeiterkolonie erworben und dabei 200.000 Reichsmark Gewinn gemacht. Die in mehr als fünfzig Jahren in einen landwirtschaftlichen Betrieb verwandelten „Ländereien, die ursprünglich unkultiviert (Ödland) waren... befinden sich heute in einem guten Kulturzustand," wie der LFV feststellte. Einer Übernahme stünden zwar die Eigentumsrechte des Vereins entgegen, aber: „Die Auflösung des Vereins ist inzwischen beschlossen." Nach der Aneignung verkaufte der LFV die fruchtbaren Äcker und Weiden zu einem Preis von 300.000 RM, um an anderer Stelle neues Ödland für 90.000 RM zu erwerben, das von den Bewohnern unentgeltlich urbanisiert werden sollte. Um noch mehr aus den Arbeitskräften herauszuholen, reduzierte der Fürsorgeverband die Verpflegungssätze. Damit waren die Bewohner nicht nur vom Hungertod bedroht, sondern mussten damit rechnen, bei Ausfall ihrer Arbeitsfähigkeit in die Heil- und Pflegeanstalt Wehnen verlegt zu werden und dort den Euthanasie-Tod zu sterben. So erging es beispielsweise dem 1903 geborenen Viktor S., er wurde am 29.5.1944 nach Wehnen verlegt und war am 20. Dezember desselben Jahres tot.

Die drastischen, oft tödlichen Maßnahmen gegen „Minderwertige" gingen nicht allein auf Hitlers krankhafte Ideen zurück. In der Anstalts- und Heimfürsorge hatten die Landesfürsorgeverbände schon während der Weimarer Republik beschlossen, sich an den Pflegesätzen zu bereichern, wie aus der Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen hervorgeht. Aber auch bei der Unterdrückung von Obdachlosen und Bettlern gingen sie voran. Schon vor Hitlers Machtantritt 1933 hielten sie „eine polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung der asozialen Wanderer für unerlässlich."

Ingo Harms

Ingo Harms dankt Peter Szynka für etliche, im Text genutzte Quellen.

„Der nichtseßhafte Mensch, München 1938" (aus: Wohnungslose im NS)

Die Anerkennung der Verfolgung als NS-Unrecht wäre ein wichtiges Zeichen.

„Arbeitsscheu" und „asozial"

Die Verfolgung von sogenannten Asozialen im Nationalsozialismus ist zwar seit langem bekannt, Forschung und Aufarbeitung dazu haben aber erst in jüngster Vergangenheit begonnen. Ungleichwertigkeitsdenken und Ausgrenzung, die der Konstruktion „asozial" zugrunde lagen, haben eine komplexe Geschichte, und die ist nicht vorbei. Heute noch wird das Stigma benutzt, um soziale Missstände den Betroffenen anzulasten und Anpassungs- und Unterordnungsdruck zu erhöhen.

„Gesellschaftsfremd", „arbeitsscheu", „minderwertig", „unangepasst" oder „moralisch schwachsinnig" - das sind nur einige der Adjektive, die mit dem Stigma „asozial" bereits verbunden werden, als es zu Beginn des 20. Jahrhunderts erstmals in der Literatur auftaucht. Von Anfang an werden unter dem Sammelbegriff pauschale, negative Zuschreibungen als „abweichendes Verhalten" zusammengefasst, erweitert und zum Teil als vererbbar präsentiert.(l)

In der Weimarer Republik finden diese Konstruktionen ihren Niederschlag in Diskussionen, Verordnungen und Gesetzesvorschlägen. Bereits in den 1920er Jahren werden Menschen wegen ihres sozialen Status, ihrer Lebens- und Verhaltensweisen, ihres vermeintlichen körperlichen oder geistigen Zustandes oder ihrer ethnischen Herkunft als „Ballastexistenzen" und „Schädlinge" für einen imaginären „gesunden Volkskörper" gebrandmarkt.

Dabei machte gerade das Fehlen einer eindeutigen Definition von „Asozialität" den Begriff so tauglich für Ausgrenzung und Verfolgung: Das Stigma konnte beliebig auf Personen und Personengruppen ausgedehnt werden und so nahezu jedem Ausschluss und jeder repressiven Maßnahme Legitimation verleihen.

Stigmatisierung, Verfolgung und Vernichtung ab 1933

Erst das NS-Regime konstruiert eine - wenn auch beliebige - Definition. Demnach sollte als „asozial" gelten, „wer durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, dass er sich nicht in die

Gemeinschaft einfügen will". Dazu gezählt wurden „Bettler, Landstreicher beziehungsweise Zigeuner, Dirnen, Trunksüchtige" und „mit ansteckenden Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten, behaftete Personen, die sich den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden entziehen". Außerdem wurden Personen als „asozial" definiert, „die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen, zum Beispiel Arbeitsscheue, Arbeitsverweigerer, Trunksüchtige".(2) Diese Definitionen bewahrten keinesfalls vor Willkür: Ausreichend für Verfolgung und Vernichtung war, Menschen als „Fremdkörper" zu definieren.(3) „Asozial" konnte denn auch jeder und jede

Fußnoten

(1) Dem war im 19. Jahrhundert eine Verwissenschaftlichung von Zu- schreibungen vorangegangen, bei der beispielsweise „Schmarotzertum" oder „Faulheit" medizinisch und psychiatrisch definiert worden waren. Den Höhepunkt solcher wissenschaftlicher Erklärungsmuster bildeten Rassenhygiene und Eugenik, die die medizinisch-psychiatrischen Zuschreibungen um rassistische und biologistische Perspektiven erweiterten.

(2) Sie alle wurden im Gesetz als Personen bezeichnet, „die durch geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen". Vgl. Reichskriminalpolizeiamt: „Richtlinien zum Grundlegenden Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei des Reichsinnenministeriums", 04.04.38, in: Wolfgang Ayaß, „Gemeinschaftsfremde". Quellen zur Verfolgung von „Asozialen" 1933-1945, Koblenz 1998, Nr. 62.

(3) Sinti und Roma beispielsweise wurden als „fremdrassige Asoziale" sowohl aus rassistisch-biologistischen als auch aus ordnungspolitischen Motiven heraus verfolgt und ermordet.

Die Anerkennung der Verfolgung als NS-Unrecht wäre ein wichtiges Zeichen.

werden, sofern er oder sie Behörden, Institutionen oder auch einzelnen Nazis in Machtpositionen im Weg war oder negativ auffiel.

Mehr als 10.000 Menschen wurden im NS auf dieser Grundlage verfolgt, in Anstalten, Arbeitshäuser oder Konzentrationslager deportiert, zu Zwangsarbeit gezwungen, zwangssterilisiert und ermordet, darunter Wohnungslose, Bettler_innen, Empfänger_innen von Sozialleistungen, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden, politisch Verfolgte, Schwule und Lesben, Prostituierte, Suchtkranke, Unterhaltssäumige sowie zum Teil auch ihre Familienangehörigen. Dabei arbeiteten kommunale und Landesbehörden, private Wohlfahrtsverbände, Mediziner_innen und Wissenschaftler_innen und ihre Institutionen sowie die Reichsbehörden und die Polizei zusammen.

Die Verfolgung begann bereits Mitte 1933, als im Rahmen der so genannten „Bettlerwoche“ hunderttausende Wohnungslose unter Beteiligung von SA und SS vorübergehend in Haft genommen, zum Teil aber auch dauerhaft in Arbeitshäuser eingeliefert wurden, um sie der öffentlichen Wahrnehmung nachhaltig zu entziehen. Eine erste gesetzliche Grundlage für die Verfolgung schufen die Nazis kurz darauf, im November 1933, mit dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung, das eine Internierung wegen „Arbeitsscheu“, „Liederlichkeit“ oder „gewerbsmäßiger Bettelei“ zeitlich unbestimmt und gegebenenfalls lebenslänglich erlaubte. Mit dem Grundlegenden Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei vom 14. Dezember 1937 wurde dieses Gesetz ausgedehnt: Polizeiliche Vorbeugungshaft durfte nun ausdrücklich gegen als „asozial“ Stigmatisierte verhängt werden.(4) 1938 lieferten Gestapo und Kriminalpolizei dann im Rahmen der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ mehr als 20.000 Menschen in Konzentrationslager ein. In einigen Lagern stellten die mit einem schwarzen Winkel gebrandmarkten „Asozialen“ in der Folgezeit die weitaus größte Häftlingsgruppe.

Ein Stigma für den Kapitalismus

Die Nazi-Verbrechen an den so genannten Asozialen sind nach 1945 kaum aufgearbeitet worden. Eine Anerkennung als NS-Unrecht fehlt bis heute. Nur die wenigsten Opfer haben eine Rehabilitierung erfahren und/oder eine Entschädigung erhalten. (5) Bei kaum einem anderen Verbrechen der Nazis findet sich so wenig Bereitschaft aufzuarbeiten und aufzuklären oder sich gar mit den bis heute vorhandenen, zahlreichen Kontinuitäten zu beschäftigen. So antwortete beispielsweise die Bundesregierung 2008 auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, sie habe keinerlei Kenntnisse darüber, wie viele Menschen als sogenannte Asoziale zwangssterilisiert, gesundheitlich geschädigt, zum Tode verurteilt oder hingerichtet wurden. Auch die Frage, welche Anstrengungen die Regierung unternehmen will, um sich diese Kenntnisse zu beschaffen, wurde denkbar schlicht beantwortet: „Keine.“(6)

Fußnoten

(4) Auch das am 1. Januar 1934 in Kraft getretene Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, die zwei Jahr*e später folgenden Gesetze zum Schutz der Erbgesundheit des Deutschen Volkes sowie die Nürnberger Rassegesetze dienten der systematischen Verfolgung so genannter „Asozialer“ als Grundlage.*

(5) Zum Ausbleiben von Rehabilitation und Entschädigung vgl. auch Seite 19 in diesem Heft. Nach Angaben der Bundesregierung erhielten insgesamt 205 Menschen, die als „Asoziale“, Arbeitsscheue“, „Arbeitsverweigerer“ oder „Landstreicher“ verfolgt worden waren, eine einmalige Beihilfe von jeweils 2.556,46 Euro. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Katja Kipping, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, 01.07.08, Bundestags-Drucksache 16/9887, S. 3, im Netz unter http://dipbt.bundestag.de oder unter www.kurzlink.de/gid220_n.

(6) Ebda.

Die Anerkennung der Verfolgung als NS-Unrecht wäre ein wichtiges Zeichen.

Diese Ignoranz ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass eine Aufarbeitung der Verfolgung auf der Basis des Konstruktes „Asozialität“ nur über eine umfassende Gesellschaftskritik zu leisten wäre. Denn der Verfolgung und Vernichtung so genannter Asozialer im NS war eine Entwicklung vorangegangen, die eng mit der Entstehung des Kapitalismus verknüpft ist. Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise setzte sich das von der Kirche und insbesondere von den Calvinist_innen propagierte Arbeitsethos durch, nach dem nicht essen sollte, wer nicht arbeitet. War „Arbeit“ in der Antike zum Teil regelrecht verpönt, wurde sie mit der Reformation zu „Berufung“ und

Pflicht.(7) „Von Arbeit stirbt kein Mensch“, schreibt beispielsweise Luther, „aber von Ledig- und Müßiggehen kommen die Leute um Leib und Leben; denn der Mensch ist zum Arbeiten geboren wie der Vogel zum Fliegen“. Erst dieses Arbeitsethos ermöglichte es, die gesamte Bevölkerung, ihre Lebensweise und ihren Arbeitsrhythmus den Anforderungen der kapitalistischen Produktion zu unterwerfen, und es bildet bis heute die Grundlage der kapitalistischen Ökonomie.

Mit dem protestantischen Arbeitsethos verbunden ist auch eine Umbewertung des so genannten „Müßiggangs“: War Bettelei noch im Mittelalter als Beruf anerkannt, werden Bettlerinnen nun zu Menschen, die sich der Arbeit als der menschlichen Existenz Sinn gebende Tätigkeit auf illegitime Art zu entziehen suchen und so für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht werden können. Hier hat das Stigma des „Arbeitsscheuen“ seinen Ursprung, das von der Unterscheidung lebt zwischen einem „Wir“, das arbeitet und die Gemeinschaft ausmacht, und den „Anderen“, die sich der Arbeit entziehen und die Gemeinschaft ausnutzen.

„Arbeitsverweigerer“ in der Bundesrepublik

Die Chance, mit diesem Arbeitsethos aufzuräumen, wurde nach 1945 in beiden deutschen Staaten nicht nur gründlich verpasst, auch die auf ihm fußende Repression war mit dem NS-Regime keinesfalls vorbei: So wurden die der Sozialdisziplinierung dienenden Paragrafen aus dem preußischen Strafgesetzbuch erst 1968 (in der DDR) beziehungsweise 1974 (in der Bundesrepublik) geändert. (8)

Hier traten zudem noch 1962 mit dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) Bewahrungsregeln in Kraft, mit denen als „gefährdet“ angesehene Personen unter Androhung einer Anstaltsunterbringung diszipliniert werden konnten. (9) Wer zu dem betroffenen Personenkreis zu zählen sei, war vollkommen unbestimmt: Zwangsweise untergebracht werden konnten alle, „die aus Mangel an innerer Festigkeit ein geordnetes Leben in der Gemeinschaft nicht führen können“ und zusätzlich eine besondere Willensschwäche, ein besonders hemmungsloses „Triebleben“ oder eine „Verwahrlosung“ zeigten.(10) Zudem konnte jeder, „der sich trotz wieder-

Fußnoten

(7) Sokrates beschrieb die Muße als „Schwester der Freiheit“, und Aristoteles urteilte: „Arbeit und Tugend schließen einander aus“. Dass das Betteln im Mittelalter als legitime Tätigkeit galt, mit der Menschen ihren Unterhalt versuchten zu sichern, hatte auch damit zu tun, dass Adel und Stadtbürger durch Gaben an Bettler die eigene Wohltätigkeit demonstrieren und sich von Sünden freikaufen konnten.

(8) „Asozialität“ blieb nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR ein Stigma. Staatlicherseits wurden Menschen damit diffamiert, wenn sie sich der „umfassenden Beteiligung aller Menschen an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft“ entziehen wollten.

(9) Dem Bewahrungsgesetz als rechtliche Grundlage für die zwangsweise Unterbringung von Erwachsenen in geschlossenen Heimen ging eine mehrjährige Diskussion voraus, die an eine bereits ab 1918 in der Weimarer Republik geführte Debatte anknüpfte.

(10) Vgl. BSHG vom 30. Juni 1961, § 72 Abs. 1 und § 73 Abs. 1.

Die Anerkennung der Verfolgung als NS-Unrecht wäre ein wichtiges Zeichen.

holter Aufforderung beharrlich (weigert), zumutbare Arbeit zu leisten“, in ein Arbeitshaus eingewiesen werden. (11) Zwar hob das Bundesverfassungsgericht diese Regelungen 1967 wieder auf. (12) Aber das Urteil führte keinesfalls zu einem anderen Umgang mit den NS-Verbrechen an den als „Asoziale“ stigmatisierten Menschen oder gar zu deren Entschädigung und Rehabilitierung.

Verfolgt man die aktuellen Entwicklungen sozialer und rassistischer Ausgrenzung, erscheint es wichtiger denn je, an die Schicksale der so genannten Asozialen zu erinnern. Die Anerkennung ihrer Verfolgung als NS-Unrecht käme zwar spät, wäre aber ein wichtiges Zeichen, nicht zuletzt auch, weil damit endlich der unhaltbar unkritische gesellschaftliche Umgang mit dem Stigma „Asozialität“ in Frage gestellt würde.

Ein solches Zeichen wäre auch ein erster Schritt weg von einer Logik, nach der Menschen ausschließlich über ihre „Nützlichkeit“ - das heißt heute, über ihre Vollzeit-Erwerbstätigkeit - als Teil der Gesellschaft definiert werden. Bis heute ist Nicht-Erwerbstätigkeit das Ausgrenzungskriterium, Arbeitslosigkeit wird im Alltagsleben bewusst oder unbewusst - in öffentlichen Debatten aber durchaus auch explizit - mit „Schmarotzertum“ und „Faulheit“ verbunden. Immer noch dienen das Stigma „Asozialität“ und die heute damit verbundenen Begrifflichkeiten dazu, dem Einzelnen die Schuld für seine soziale Lage in die Schuhe zu schieben und zugleich ganze Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Nach wie vor werden von Armut Betroffene bekämpft und nicht die Ursachen von Armut, und dafür sind Stigmata wie das des „Sozialschmarotzers“, der „Asozialen“ oder des „Arbeitsscheuen“ - nach wie vor - machtvolle Instrumente.

Fußnoten

(11) Ebda., § 26.

(12) „Die zwangsweise Anstalts- und Heimunterbringung eines Erwachsenen, die weder dem Schutz der Allgemeinheit noch dem Schutz des Betroffenen selbst, sondern ausschließlich seiner‚Besserung‘ dient, ist verfassungswidrig.“ Vgl. Entscheidung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichtes, 18. Juli 1967, im Netz unter www.servat. unibe.ch oder www.kurzlink.de/gid220_o.

Dirk Stegemann arbeitet im Arbeitskreis „Marginalisierte - gestern und heute“ mit und engagiert sich in der Berliner Gruppe des Vereins Verfolgte des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA e.V.)

aus: Genethischer Informationsdienst GiD Nr. 220 • Oktober 2013 17

Ausgesondert bis zum Schluss

Menschen, die im Nationalsozialismus als „asozial“, „arbeitsscheu“ oder „gemeinschaftsfremd“ kategorisiert worden waren, wurden - ebenso wie so genannte „Erbkranke“ - nicht selten zwangssterilisiert; insgesamt fielen dem Eingriff mindestens 360.000 Männer und Frauen zum Opfer, Tausende starben dabei. Grundlage war das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) von 1933/34. Sogenannte Erbgesundheitsgerichte (EGG) - ein Richter und zwei medizinische Experten - beschlossen die Sterilisation, wobei die Anwendung von Zwang und Gewalt an der Tagesordnung war. Nach 1945 wurden zwar die EGG geschlossen, sodass keine neuen Zwangssterilisationen mehr verfügt werden konnten. Während das GzVeN in der sowjetischen Besatzungszone aber bereits 1946 aufgehoben worden war, behielt es in den westlichen Besatzungszonen Gültigkeit, seine Opfer wurden nicht als „Verfolgte des Nationalsozialismus“ anerkannt und sie wurden auch nicht entschädigt. Im Gegenteil diente das Gesetz bis in die 1980er Jahre zahlreichen bürokratischen und gerichtlichen Entscheidungen - auch und vor allem zur Frage der Entschädigung von Zwangssterilisierten - als Rechtsgrundlage. Die Zwangssterilisation galt insbesondere in der frühen Bundesrepublik weder als Nazi- noch überhaupt als Unrecht: vielmehr hielten Gerichte, Mediziner und auch die Politik diesen Eingriff für eine normale, wissenschaftlich abgesicherte, bevölkerungspolitisch notwendige Maßnahme, die nicht gegen „rechtsstaatliche Grundsätze“ oder das „Naturrecht“ verstieße.(1) Ein Entschädigungsanspruch ließe sich also nicht begründen. Aus dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) waren Zwangssterilisierte dann auch explizit ausgeschlossen (vgl. §171 Abs.3). Die einzige Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen, bot bis in die 1980er Jahre das Wiederaufnahmeverfahren, dessen rechtliche Grundlage das GzVeN selber bildete: auf ihm fußten die Möglichkeit der Revision (§12 Abs. 2) wie auch die Maßstäbe zur Beurteilung der Sterilisationsentscheidung. Die Opfer waren gezwungen zu belegen, dass das Gesetz in ihrem Fall gebrochen worden war: dass bestimmte Dokumente nicht zur Anwendung gekommen oder medizinische Gutachten falsch gewesen waren. Oft wurden die Dokumente der NS-Erbgesundheitsgerichte verwendet und oft waren es dieselben Richter und Gutachter, die in den Wiederaufnahmeverfahren „Recht“ sprachen.(2) Nicht selten lehnten bundesdeutsche Gerichte und Behörden Entschädigungsforderungen und Wiederaufnahmeverfahren auch gleich ganz ab, und zwar mit der Begründung, dass die NS-Gerichte sich an

Nazi-„Recht“ gehalten hatten.(3) Hin und wieder unterzeichneten bundesdeutsche Gerichte diese Entscheidungen mit „Erbgesundheitsgericht“. Auch auf anderen Verwaltungsebenen konnte die Sterilisation schwerwiegende Folgen haben, etwa die Verweigerung einer Adoption.(4) Der bundesdeutschen Bürokratie galt die Zwangssterilisation durch die Nazis hier als Beleg, dass die betroffenen Personen „minderwertig“ seien und deshalb unfähig oder nicht wert, Kinder zu haben.(5) Erst mit der Kritik an der bundesdeutschen Wiedergutmachungspolitik änderte sich der Umgang mit den Zwangssterilisierten: 1980 wurde ein Härtefond eingerichtet, aus dem die Betroffenen eine Einmalzahlung von 5.000 DM beantragen können und seit 1988 auch monatliche Renten (heute 291 Euro).

Ebenfalls 1988 wurden zwar die Urteile der EGG für NS-Unrecht erklärt (und 1998 vom Bundestag aufgehoben), nicht aber das GzVeN selbst. Als sich der Bundestag im Mai 2007 endlich dazu durchrang, das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ insgesamt als NS-Unrecht zu ächten und seinen Opfern „Achtung und Mitgefühl auszusprechen“, waren die meisten von ihnen bereits verstorben. Als Verfolgte des NS-Regimes im Sinne des BEG gelten sie bis heute nicht.

In dem lesenswerten Aufsatz „Das Gesetz, das nicht aufhebbar ist: Vom Umgang mit den Opfern der NS-Zwangssterilisation in der Bundesrepublik“ untersuchen die Autorinnen ausführlich die Geschichte und Praxis des GzVeN nach 1945. Ihre Studie basiert auf dem DFG geförderten Projekt „Eugenics and Restorative Justice“ und ist erschienen in: Kritische Justiz, Heft 3, 2010, S. 338 - 352.

Fußnoten

(1) Neue Juristische Wochenzeitung 1954, S. 559.

(2) Henning Tümmers: Wiederaufnahmeverfahren und der Umgang deutscher Juristen mit der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik nach 1945, in: Justizministerium Nordrhein-Westfalen (Hg.), Justiz und Erbgesundheit, Geldern 2008 , S. 173ff.

(3) Vgl. dazu Valentin Hennig: Zur Wiedergutmachung von Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Berlin 1999.

(4) Interviews mit Margreth Hamm und Marga Hess vom Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V., 27.02.09 und 15.10.09.

(5) Vgl. Svea L. Herrmann, Kathrin Braun: Unrecht zweiter Ordnung: Die Weitergeltung des Gesetzes zur Verhütung erbranken Nachwuchses in der Bundesrepublik. In: Claudia Fröhlich et.al. (Hg.): Rechtsstaatliche Demokratie und Erbschaft des Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, Baden-Baden, im Erscheinen.

aus: Genethischer Informationsdienst GiD Nr. 220 • Oktober 2013 17

Svea Luise Herrmann und Kathrin Braun

Für Trauer und Zorn

Plädoyer gegen eine Ökonomie des Gedenkens

Halit Yozgat, Enver Şimşek, Abdurrahim Ozudoğru, Suleyman Taşkopru, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides und Mehmet Kubaşık: Die Opfer können nicht mehr sprechen. Sie können nicht anklagen. Sie können nicht vergeben. Genau diese Tatsache macht das Gedenken notwendig und scheinbar unmöglich zugleich. Jede Rede, jede Beileidsbekundung läuft aufgrund der Mittelbarkeit der Erfahrung Gefahr, ein Ort der Projektion eigener Vorstellungen zu sein oder für politische Interessen instrumentalisiert zu werden. Ein Gedenken, das ein Denken an die Getöteten sein will und nicht bei den Mörderinnen und der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat, verweilt, stellt sich als schwierig dar.

Dass dies dennoch gelingen kann, demonstrierte Semiya Şimşek, die Tochter des ermordeten Enver Şimşek, in ihrer Rede bei der staatlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU am 23. Februar 2012 im Konzerthaus Berlin. Semiya Şimşek sprach nicht aus der Position einer Beileidsbekundung und nicht auf Basis von nur mittelbar Erfahrenem, sondern aus einer Position der »emotionalen Trauer« und des Verlusts eines geliebten, eines notwendigen Menschen. ZuhörerInnen waren offizielle Repräsentantinnen der Gesellschaft, wie die Bundeskanzlerin, und über Fernsehen und Internet auch Angehörige von Minderheiten. Es herrschte eine Sprechsituation, in der Şimşeks Stimme hörbar wurde. Ihre Rede ließ keine Instrumentalisierung zu - sie war politisch in einem »menschlichen« Sinne.

Die Bezeichnung »emotionale Trauer« - die hier von Judith Butler übernommen wurde - mag irritieren, stellt sie doch einen Pleonasmus dar, weil Trauer bereits Emotionalität einschließt. Da jedoch Trauer als Affekt im öffentlichen Diskurs und in einer Ökonomie des Gedenkens faktisch so sehr instrumentalisiert wird, dass eine Trauerenteignung stattfindet, ist es sinnvoll und notwendig, ihr eigens den Begriff der »emotionalen Trauer« entgegenzustellen. Durch Semiya Şimşeks Rede wurde diese Trauerenteignung unterlaufen: Ihre Rede durfte ein Gedenken sein, das diejenigen, die selbst Opfer dieses Terrors waren bzw. es potenziell sind, stärkt und die anderen in ihrem Menschlichkeitsbezug irritiert. Ein Gedenken, in dem sich Trauer entfalten darf und politisch wird, nicht weil sie einer Agenda folgt, sondern aufgrund ihrer bloßen Existenz. Es ist eine wichtige Frage, wie gesellschaftliche Konstellationen so verändert werden können, dass »emotionale Trauer« einen politischen Raum öffnet und nicht umgekehrt Symbolpolitik Trauer missbraucht.

Die Stimme der Anderem

Dem Berliner Tagesspiegel war zu entnehmen, dass der Vater des Mordopfers Halit Yozgat auf der staatlichen Gedenkveranstaltung zunächst nicht sprechen sollte. Erst nachdem İsmail Yozgat gedroht habe, so der Tagesspiegel, dennoch das Wort an sich zu reißen, und dank der Vermittlung von Barbara John, der Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, habe er seine Rede doch noch halten dürfen. (Tagesspiegel, 24.2.2012) Dass die Rede des Vaters nicht vorgesehen war, ließe sich von der Seite der Organisatoren sicherlich vielfach begründen. Und zwar ganz unverdächtig, weil formal. Formale Gründe aber können eine Methode sein, die Stimme der Anderen zum Schweigen zu bringen. Eine ebenso effiziente wie hypokritische Methode. Effizient, weil es scheinbar nur um das Wie geht und nicht um das Was. Hypokritisch, weil das Was über das Wie beschnitten wird, wenn es nicht sein darf.

Viele formale Gründe kann es geben, weshalb bei einer so großen, so medienwirksamen und als repräsentativ inszenierten Gelegenheit eine Rede nicht vorgesehen ist oder nicht zugelassen wird. Es wäre denkbar, dass sie nicht mehr in den Zeitplan passte, weil das aufwendige Programm bereits stand. Vielleicht war das Programm schon verschickt worden, die Deadline der Ankündigung war überschritten, oder eine Übersetzung war im Budget nicht vorgesehen. Oder das Verhältnis von Opferangehörigen und politischen Repräsentantinnen bzw. das Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf der Bühne hätte dann nicht mehr gestimmt - es gibt viele plausible Gründe.

Hinter formalen Gründen liegt, wenn es um das Sprechen der Anderen geht, häufig ein allgemeines Muster. Einige Autorinnen und WissenschaftlerInnen - erschüttert nach dem Auffliegen des NSU - begannen zu recherchieren und erste Aufsätze zu schreiben. Ihre Publikationen wiesen die Verantwortlichen von Zeitungen oder wissenschaftlichen Zeitschriften in aller Regel mit zwei Begründungen zurück: Erstens, das Thema »Rechtsextremismus« sei nicht quotentauglich, zweitens würden sie nicht »objektiv« sein können bei dieser Sache, weil sie selbst aus einem Migrationskontext stammten.

Umso bemerkenswerter ist, dass İsmail Yozgat seine Rede dennoch hielt. Nur wurde seine Stimme im Prozess des Übersetzens gezähmt. Die Autorin Mely Kiyak veröffentlichte in ihrer Kolumne in der Frankfurter Rundschau eine eigene Übersetzung der Rede und kommentierte die Übersetzung auf der Gedenkveranstaltung: »So steht nun überall, dass Familie Yozgat um ‚seelischen Beistand' bittet. Herr Yozgat hat so etwas weder erwähnt noch verlangt. Beistand erfuhren sie in Kassel-Baunatal. Kassel-Baunatal und nicht, wie auch überall zu lesen ist, ‚meine Heimatstadt Kassel-Baunatal'; die Dolmetscherin meinte unbedingt hier und da hinzudichten zu müssen. Vielleicht hielt sie Herrn Yozgats Worte nicht für gehaltvoll genug. Er begrüßte auch keine ‚Exzellenzen' und schon gar nicht ‚vor allem unsere Bundeskanzlerin Frau Angela Merkels'.« (Frankfurter Rundschau, 25.2.2012) Die »nicht vorgesehene Rede« war »Lost in Translation«, ihr Inhalt veränderte sich, irritierte weniger, klang devot, wie es die Hierarchie verlangt, wenn ein türkeistämmiger Besitzer eines Internetcafés vor die Bundeskanzlerin tritt. Es gibt jedoch Risse in der Ordnung. Durch so einen Riss ist Yozgats Rede geschlüpft und in die Frankfurter Rundschau gelangt.

Vom »sorgfältigen Abwägen«

İsmail Yozgat hat sich trotz aller Hürden Gehör verschafft. Das hat viele Menschen gestärkt, weil durch seine Perspektive auch ihre Perspektive in den dominanten Diskurs Eingang gefunden hat, zumindest partiell. Und doch: Die Forderung von İsmail Yozgat

blieb unerfüllt. Sein Sohn wurde in der Holländischen Straße 82 in Kassel in seinem Internetcafe erschossen. İsmail Yozgat hat sich den Weg ans Mikrofon, an die Hörbarkeit, freigekämpft und der Kanzlerin und der ganzen Nation gegenüber einen Wunsch ausgesprochen. Er hat gesagt, wir wollen kein Geld, wir wollen, dass die Holländische Straße umbenannt wird in Halit-Straße. Doch mit dieser Bitte stieß er in Kassel auf Widerstand: »Wie ein Ort des Andenkens aussehen kann und wo er sein wird, muss auf einer breiten gesellschaftlichen Basis beruhen« und muss »sorgfältig abgewogen« werden, zitierte die tageszeitung (taz) den Bürgermeister der Stadt Kassel, Jürgen Kaiser. İsmail Yozgat sagte der taz in diesem Zusammenhang: »Es ist eine Schande, dass noch darüber diskutiert wird, ob die Straße umbenannt werden sollte oder nicht. Hätten die Herrschaften weiter diskutiert, wenn ihr Sohn in dieser Straße in ihren Armen gestorben wäre?« (taz, 16.3.2012)

Niemand, der sich in die Trauer eines Vaters, der seinen Sohn verloren hat, und das auf diese Weise, hineinversetzt, wird an dieser Stelle »sorgfältig abwägen«. Doch weshalb, muss gefragt werden, können sich »die Herrschaften« nicht in die Lage versetzen? Nicht weil der Schmerz unvorstellbar ist, denn das hätte Achtsamkeit zur Folge. Die Lebenswelt des Ermordeten ist zu weit weg, überdeckt von Stigmata, unter denen der Mensch kaum noch kenntlich ist. Niemand wird leugnen, dass da ein Mensch getötet wurde. Aber weshalb ist Gewalt gegen manche Gruppen von Menschen weniger schlimm als gegen andere? Weil diese Personen weniger als Menschen wahrgenommen werden? Ist es nicht genau diese Entwertung, die İsmail Yozgat zu Recht so empörte? Was ist es genau, das hier »sorgfältig abgewogen« wird? Ist eine Holländische Straße zu gut für einen Halit?

Trauer als politische Ressource Öffentliche Veranstaltungen zum Gedenken an Opfer rassistischer Gewalt finden, wie geschildert, meist nicht aus der Perspektive der Opfer statt. Das Gedenken folgt selten einem intrinsischen Bedürfnis, sondern oftmals eher einem ökonomischen Kalkül, das entweder (makroökonomisch) auf die Aufwertung des (Wirtschafts-)Standorts und der nationalen Identität zielt oder (mikroökonomisch) individuelle Einzelnutzen der Mehrheitsgesellschaft (zum Schaden eines kollektiven Nutzens) maximiert. Dabei spiegelt sich häufig noch im Gedenken selbst die Wirkmächtigkeit eines bürokratischen Apparats, der in einem Zusammenhang mit der Gewalt steht, deren Opfern gedacht werden soll, und diese Gewalt unter Umständen sogar weiterführt.

Wenn die Gesellschaft, also die BürgerInnen, sowie Politik und Verwaltung die Perspektive der Trauernden zulassen würden, könnte diese »emotionale Trauer« auch eine politische Ressource sein, weil sie die Bedeutung des Anderen für uns ausdrückt. Bei einem Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt stellt die »emotionale Trauer« das Menschliche ins Zentrum. So lässt sich das Gedenken nicht instrumentalisieren für eine bestimmte Maßnahme, eine unmittelbare politische Forderung oder für eine Imagekampagne des Staates. Und doch hat gerade dieses radikal menschliche Gedenken eine mächtige (und entmachtende) politische Dimension, weil sie aus »Exemplaren« wieder Individuen macht. Und weil sie fähig ist, die Entmenschlichung partiell rückgängig zu machen, die über Diskurs und Sozialisation bereits stattgefunden und so überhaupt erst ein rassistisches Morden ermöglicht hat. Jenseits eines »sorgfältigen Abwägens« kann ein Gedenken aus Trauer und politischem Zorn heraus in seiner Indiskutabilität und Unkorrumpierbarkeit die Reduzierung der Angegriffenen auf Exemplare einer Kategorie teilweise aufheben. So können sie - in memoriam - zurückgeführt werden zu ihrem Sein als Individuen, als Menschen.

Deniz Utlu in ak 588

Gegen die Ohnm

Auf Massenproteste von Textilarbeiterinnen und -arbeitern, Gewerkschaften und der Opposition antwortet die kambodschanische Regierung mit Gewalt.

Kambodscha erlebt eine Protestwelle, die in dem autoritär geführten Land lange Zeit undenkbar schien. Zehntausende Textilarbeiterinnen und -arbeiter begehren seit Wochen auf und demonstrieren gegen Hungerlöhne. Sie wehren sich gegen den Preisdruck der internationalen Bekleidungsindustrie und die Ausbeutung durch die lokalen Subunternehmen. Und sie demonstrieren im Bündnis mit der politischen Opposition. Es ist nicht das erste Mal, dass sich Ministerpräsident Hun Sen Protesten gegenübersieht, nun lässt er die Armee gegen diese für ihn gefährliche Allianz vorgehen.

Internationale Marken wie H&M und Levi Strauss lassen in Kambodscha fertigen, vor allem wegen der billigen Arbeitskraft. Kontrollen durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die mit dem Programm Better Factories Cambodia die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken verbessern möchte, blieben wirkungslos. In den vergangenen Jahren verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsschutzstandards und die Gesundheitsversorgung weiter. Massenhafte Ohnmachtsanfälle durch schlechte Belüftung und extreme Arbeitszeiten waren nur der deutlichste Ausdruck davon.

In dem kleinen südostasiatischen Land sind über 650 000 Menschen, vor allem junge Frauen, in etwa 800 Bekleidungs- und Schuhfabriken tätig. Die Textilbranche ist der größte Exporteur des Landes, mit einem Jahresumsatz von über fünf Milliarden US-Dollar und einem Zuwachs von 22 Prozent im Vergleich zu 2012. Hauptabnehmer der Textilprodukte sind die USA und Europa.

Angesichts der niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen bleibt den informellen Zuarbeiterinnen und Zuarbeitern der Märkte nur eines: Streik. Kambodschas Textilindustrie erlebte 2013 so viele Streiks wie nie zuvor, über 130 zählte der Verband der kambodschanischen Textilhersteller. Die Situation ist so alarmierend, dass im Oktober 2013 Karl-Johan Persson, CEO von H&M, das Gespräch mit Hun Sen suchte. Der schwedische Bekleidungsgigant war im vergangenen Jahr im eigenen Land wegen schlechter Arbeitsbedingungen in seinen kambodschanischen Zulieferfabriken heftig kritisiert worden. Persson forderte die Regierung auf, die Entwicklung des Lohnniveaus zu beobachten und auch die Inflation bei der Festlegung des Mindestlohns zu berücksichtigen. Zur gleichen Zeit demonstrierten 1 000 Arbeiterinnen und Arbeiter von SL Garment Processing, das auch für H&M produziert, gegen die Entlassung von Gewerkschaftern und bewaffnete Patrouillen in ihrer Fabrik. Die Demonstrationen waren aber nur das Vorspiel für das, was kommen sollte.

Am 24. Dezember gab das Arbeitsministerium bekannt, es werde den Mindestlohn von 80 US-Dollar um nur 19 Prozent statt der von Gewerkschaften und Beschäftigten geforderten 100 Prozent erhöhen. Die Gewerkschaften antworteten mit einem landesweiten Streikaufruf, Zehntausende legten ihre Arbeit nieder. Auch die nachträgliche Erhöhung des Regierungsangebots um fünf US-Dollar hielt die Streikenden nicht auf. Der Verband der kambodschanischen Textilhersteller wies daraufhin alle Fabriken an, aus Sicherheitsgründen ihre Tore zu schließen und die Arbeit ruhen zu lassen. Kambodschas Textilindustrie war lahmgelegt.

Trotz aller Warnungen wurden die Proteste stärker zu, die Demonstrierenden marschierten vor das Arbeitsministerium und hielten Zettel mit der Zahl 160 hoch. Ihre Forderung: ein die Existenz sichernder monatlicher Mindestlohn von 160 US-Dollar. Die Regierung bot eine Erhöhung auf 100 US-Dollar an. Das Existenzminimum in Kambodscha liegt jedoch bei 150 US-Dollar, ein Lohn, der für die Näherinnen und Näher auch mit Wochenendarbeit und Überstunden bis in die Nacht unerreichbar bleibt. Eine Studie des US-amerikanischen Worker Rights Consortium stellte zudem fest, dass die Reallöhne in den vergangenen

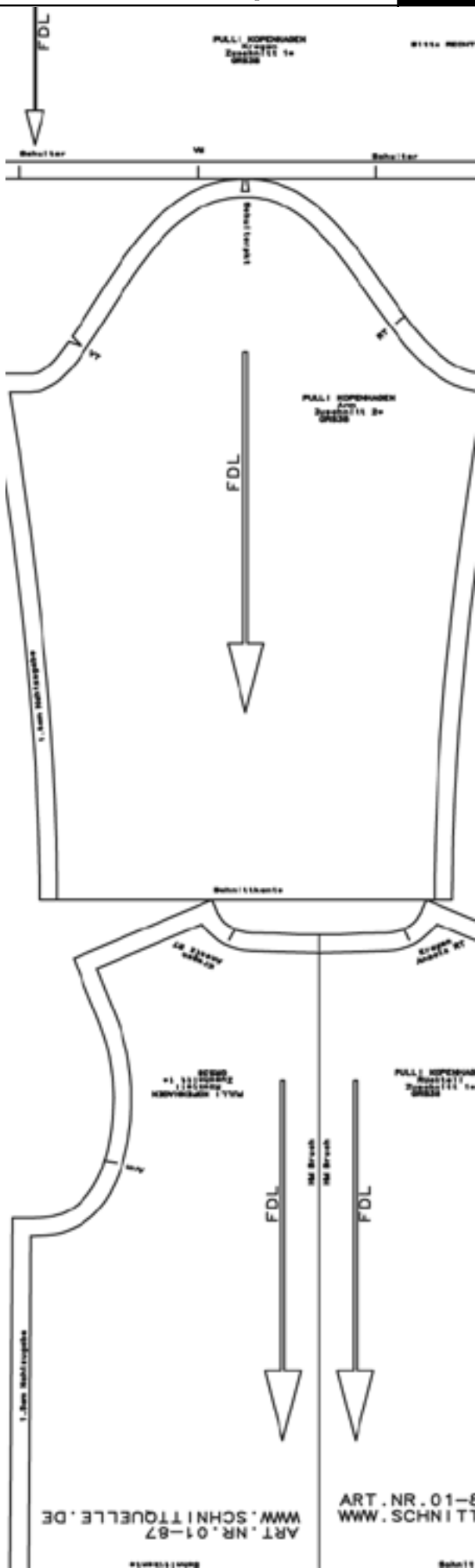
macht

zehn Jahren erheblich gesunken sind und nominale Erhöhungen in keiner Weise die Inflation ausgleichen. Anders in den Nachbarländern Vietnam, Indonesien und China, dort stiegen die Reallöhne.

Um die Akzeptanz für Billiglöhne aufrechtzuerhalten, werden Arbeiterinnen und Arbeitern qualifizierte Fertigkeiten und Leistungen aberkannt. Billige Arbeit kann auf Dauer nur in autoritärpaternalistischen Ausbeutungsverhältnissen billig bleiben. Ein Selbstbewusstsein der working poor, ihre Kooperation und Organisation wären hinderlich für die Aufrechterhaltung des Systems der Dumpinglöhne.

Die Proteste begannen zu einem für die kambodschanische Regierung ungünstigen Zeitpunkt. Am zweiten Tag der Proteste hatten sich Zehntausende Textilarbeiterinnen und -arbeiter der Oppositionsbewegung angeschlossen. Die nach den Wahlen im Juli 2013 deutlich gestärkte Oppositionspartei Cambodia National Rescue Party (CNRP) wirft der regierenden Cambodian People's Party (CPP) Wahlbetrug vor und fordert Neuwahlen, sollte Hun Sen nicht einer unabhängigen Prüfung der Wahlergebnisse zustimmen. Er bestimmt seit 29 Jahren die Geschicke des Landes maßgeblich und putschte sich mit militärischer Unterstützung 1997 endgültig an die Spitze. Die CNRP unter der Führung von Sam Rainsy, dem erst kurz vor den Wahlen aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Finanzminister, sieht sich um den Sieg betrogen und begann im Dezember mit einer Reihe von Protesten. Tägliche Demonstrationen brachten Tausende auf die Straßen. Die Massen aus den Fabriken heizten die Proteste weiter an. Rainsy hatte die Forderung der Gewerkschaften nach 160 US-Dollar Mindestlohn aufgegriffen und zu seinem Wahlversprechen gemacht, sicherlich ein wesentlicher Grund für den deutlichen Stimmenzuwachs. Am 29. Dezember marschierten in der bislang größten Demonstration Zehntausende Regierungsgegner in einem kilometerlangen Protestzug durch die Straßen der Hauptstadt Phnom Penh.

1996 erlebte das Land bereits ähnliche Arbeitskämpfe der Textilarbeiterinnen und -arbeiter, die mit der Einführung des Arbeitsrechts und der Entstehung neuer Gewerkschaften einen zumindest zeitweiligen Sieg errangen. Rainsy wurde für einige der Gewerkschaften ein neuer Verbündeter. Als er im März 1997, nur zwei Wochen nach der Implementierung des neuen Arbeitsgesetzes, eine Gewerkschaftsdemonstration anführte, um für Arbeiterrechte und gegen das Allgemeine Präferenzsystem, durch das die Europäische Union bestimmte Produkte von Zöllen befreit, zu demonstrieren, explodierten Grana-



ten mitten in der Menge und töteten 20 Menschen. Zwar wurden die Verantwortlichen nie gefasst, doch galt Hun Sen als Drahtzieher des Anschlags. Dies markierte das Ende der gerade im Entstehen begriffenen Arbeiterbewegung. Nach dem Militärputsch von Hun Sen zwei Monate später wurden Gewerkschaften, die nicht mit seiner Partei konform gingen, aufgelöst oder in die Illegalität getrieben, Kritiker und Oppositionelle systematisch verfolgt, auf offener Straße getötet, inhaftiert oder ins Exil gejagt. Das von den Streikenden errungene Arbeitsrecht bestand nur noch auf dem Papier.

Hun Sen kontrolliert sämtliche Schlüsselbereiche des Landes, Medien, Polizei, Armee und die Judikative. So fiel es ihm nicht schwer, mit dem ganzen Arsenal an staatlichen Repressionsmechanismen gegen die neu entfachten Proteste vorzugehen. Zuerst drohte die Regierung den Gewerkschaften mit Klagen, sollten diese weiterhin zum Streik aufrufen, und stellte den Demonstrierenden ein Ultimatum. Als dieses am 2. Januar verstrich und die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde, begann die Regierung eine Offensive, mit der offenbar sowohl die Protestbewegung der Textilarbeiterinnen und -arbeiter als auch die Opposition zerschlagen werden soll. Mit Metallschlagstöcken, Messern und AK-47-Gewehren gingen über 100 Soldaten eines Sonderkommandos gegen Demonstrierende der Yak Jin Fabrik in Phnom Penh vor, zehn Menschen wurden verhaftet, zahlreiche verletzt. Am Tag darauf errichteten Hunderte Demonstrierende Straßensperren auf dem Veng Sreng Boulevard in Phnom Penhs Industriegebiet, der wichtigsten Verkehrsverbindung mit dem für den Export bedeutenden Hafen im Süden. Zunächst flogen Steine, dann Kugeln durch die Luft. Die Militärpolizei schoss direkt in die protestierende Menge, tötete mindestens fünf Menschen und verletzte Dutzende. Kambodscha erlebte den schwersten Ausbruch staatlicher Gewalt gegen die Zivilbevölkerung seit 1997. Am Folgetag marschierten mit Schilden, Metallschlagstöcken und Äxten bewaffnete Sicherheitskommandos in den Freedom Park ein, wo die Opposition ihr Protestcamp errichtet hatte, Hunderte Demonstrierende flohen. Die für den 5. Januar geplante Massendemonstration wurde wegen dieses brutalen Vorgehens des Staates abgesagt.

In Kambodscha der Masse der Armen eine kleine reiche Oberschicht gegenüber. Hungerlöhne bei acht Prozent Wirtschaftswachstum und der Ausschluss großer Bevölkerungsteile vom Zugang zu Ressourcen und sozialer Anerkennung sind Ausdruck eines zerstörerischen, auf Profit ausgerichteten Systems. Während einerseits immer mehr Menschen in diesen Prozess integriert werden, wird andererseits lebendige Arbeit durch Rationalisierung und Technologisierung überflüssig gemacht. Der Verband der kambodschanischen Textilhersteller warnte vor einem Rückgang der Aufträge, sollte der Forderung nach einer Verdopplung des Mindestlohns nachgegeben werden. Und die Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen, H & M schaut sich bereits nach neuen Produktionsstandorten in Nordafrika und Südamerika um.

Dennoch waren die Ereignisse der vergangenen Wochen so etwas wie ein Weckruf für die unter der autoritären Herrschaft von Hun Sen entmündigte kambodschanische Gesellschaft. Die Größe und Ausdauer dieser Proteste und die Kooperation zwischen Textilarbeiterinnen und -arbeitern und der Opposition brachte den tief sitzenden Unmut der Menschen gegenüber Hun Sen zu Tage. Die Textilarbeiterinnen und -arbeiter sind zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft geworden.

geklaut aus: jungle world 2/2014

RAISE YOUR VOICE
YOUR BODY, YOUR CHOICE

Feministische Inhalte auf die Straße tragen!

Für ein selbstbestimmtes Leben
in einer herrschaftsfreien Gesellschaft!

22. März 2014! gegen1000kreuze.blogsport.de

(Münster)

Take Back the Night
Demo am 30. April in Bremen

März

Sa.	01.3.	22.00	LesBiSchwule Mottoparty
Fr.	07.3.	21.00	Fat Hoschi Konzert: Vicious Irene u.a.
Sa.	08.3.	22.00	Mash Up Di Place
Mo.	10.03.	19.00	Mobiveranstaltung: „Raise Your Voice - Your Body Your Choice!“ (22.3. in MS)
Fr.	14.3.	21.00	Punk-Konzert: Nitro Injekzia u.a.
Sa.	15.3.	22.00	Männerfabrik
Sa.	22.3.	22.00	Wagenburg-Soli-Party
Fr.	28.3.	22.00	Hausfriedensbruch-Soli-Party
Sa.	29.3.	23.00	Rosa Disco

April

Fr.	04.4.	19.30	Vortrag: „Sport-Geschlecht-Gewalt“
		22.00	Mash Up Di Place
Sa.	05.4.	22.00	Homophilias
Di.	08.4.	21.00	Fat Hoschi Konzert
Sa.	12.4.	22.00	90er-Party
Sa.	19.4.	22.00	Männerfabrik
Fr.	25.4.	21.00	Fat Hoschi Konzert
Sa.	26.4.	23.00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo	20.30	Antifa-Café
Mi	20.00	Theatergruppe
Do	20.00	Vokü, danach Kneipe
Do	21.00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi	20.00	FrauenLesbenInterTrans*-Kneipe
3. Mi	21.00	Punkkneipe
2. Fr	20.30	Nutzer_innenplenum

Infoladen Roter Strumpf

Mo	17–19
Di	16–19
Do	18–21
Fr	16–19